Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
J. V.: C. Geyer.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2.Okt. 1931

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Pfundsturz und Kolonialpolitik.

SPD. Haifa, Ende September (Eig.Bericht

Im Orient, der sich sonst den Vorgängen in der europäischen Welt als ganzes noch immer mit an Apathie grenzender Gleichgültigkeit gegenüber steht, hat der Sturz des Pfundes wie eine Bombe eingeschlagen. Diese merkwürdige Erscheinung ist von der Wirtschaft her nicht zu erklären. In den Jahren des englischen Kampfes um den Mittleren Osten und in der auf den Weltkrieg folgenden Zeit englischer Hegemonie sind auf unterirdischen Wegen grosse Mengen von Goldpfunden in den Vorderen Orient geflossen, die hier auf die primitivste Art thesauriert worden sind. Sie befinden sich, dem Kreislauf der Wirtschaft entzogen, wohl verwahrt in der Erde oder in Truhen, die auf Kamele geladen von Beduinenscheic kreuz und quer durch Vorderasien geschleppt werden, ohne je zur Verwendung zu gelangen. Eine Schätzung dieser Summen ist technisch unmöglich, aber man würde zu erstaunlichen Ergebnissen kommen, wenn ihre statistische Erfassung gelingen könnte.

Mit dem untrüglichen Instinkt des Orientalen für das Handelsgeschäft hat sich sofort nach dem Bekanntwerden der englischen Währungskatastrophe in allen grösseren Städten des Vorderen Orients eine Schwarze Börse aufgetan, die sehr stark à la baisse gestimmt ist. Während das Pfund dort im freien Handel vorläufig zu Dreiviertel seines Nominalwertes gehandelt wird, prophezeit die Spekulation grosse Rückgänge. An einen Kampf des Orients gegen das Pfund im grossen Stil ist zwar nicht zu denken, da die meisten Länder des Mittleren Ostens an die englische Währung direkt gebunden sind. Eine Flucht in die Sachwerte wäre bei der augenblicklichen Lage des Weltmarktes ein Wahnsinn und eine Flucht in die beiden vorläufig noch intakten Währungen Dollar und Franken würde bei dem Mangel des Orientalen an Verständnis für europäische Wirtschaftstechnik und dem Fehlen von Organisationen zu ihrer Manipulation auf so grosse Schwierigkeiten stossen, dass auch sie praktisch kaum durchzuführen wäre. Negative Wirkungen wirtschaftlicher Art werden daher durch den Rückgang des Pfundes kaum entstehen. Der englische Handel wird von ihm wirtschaftlich wahrscheinlich sogar profitieren, weil ihn ein kleines Inflatiönchen auf den hart unkämpften Märkten des Ostens wieder konkurrenzfähig macht.

Die grosse Bedeutung des Zurückweichens Englands von der Goldparität liegt vielmehr im Politischen. Auf diese Weise ist einer der Grundpfeiler der britischen Macht im Mittleren Osten ernsthaft ins Wanken geraten. Die Wahrung des status quo zugunsten Englands hing - wenn auch nicht ausschliesslich so doch zum grossen Teil - von dem unbedingten Glauben der einheimischen Bevölkerung an den Ewigkeitswert des Goldpfundes ab. Auch der widerspenstigste Beduinenhäuptling war nicht im Stande, diesen klingenden Argumenten auf die Dauer zu widerstehen. Die Wahl ist ihm niemals schwer gefallen, wenn er zwischen Goldstücken oder englischen Fliegerbomben zu entscheiden hatte. Die Erhaltung des Friedens in Arabien, dem Irak, Palästina, am Persischen Golf bis herauf an die Nordwestgrenze Indiens war untrennbar mit dieser Technik verknüpft;

Jetzt ist ein Teil des Zaubers der Allmacht und Grösse, mit dem England in den Augen der halbzivilisierten Welt umgeben war, entschwunden. Für den Europäer, der die Schicksale einer Währung in den Stürmen der Wirtschaftskrise kennt, spielt ein solcher Vorgang kaum eine Rolle. Er weiss, dass es technische Mittel gibt, die das Pfund morgen wieder in neuem Glanze erstrahlen lassen können. Der Orientale denkt und handelt im Gegensatz hierzu aus der Gefühlssphäre. Ihm ist es gleichgültig ob der Pfundkurs morgen in New York, Amsterdam oder Paris um einige Punkte höher notiert. Er fühlt mit den wachen Sinnen, die durch die Mechanisierung seiner wirtschaftlichen Umwelt noch nicht desorientiert sind, nur dass in dem Mechanismus des englischen Weltreiches ein Rädchen losgegangen ist. Er wird darauf bei der ersten Gelegenheit reagieren, die nicht einmal sehr lange auf sich warten lassen wird, da Englands Rivalen - Russland an der Spitze - das ihrige tun werden, um die englischen Ungelegenheiten für ihre Zwecke auszunutzen.

Nichts wäre verkehrter, als aus dieser Situation den Schluss zu ziehen, das Totenglöckchen des Britischen Weltreichs habe nunmehr zu läuten angefangen. Das ist ebenso falsch wie das durch nichts gerechtfertigte Drauflosregieren der englischen Kolonialbürokratie, die bisher noch nicht begriffen hat, dass eine Periode der britischen Herrschaftstechnik zu ende ist und dass ihr Ersatz durch zeitgemässere Mittel nötig wird. Der Sturz des Pfundes und seine negative Wirkung auf das politische Prestige Englands könnte sich als bittere aber erfolgverheissende Medizin erweisen, wenn er zur Beschleunigung der Erkenntnis dient, dass die Methoden Englands in seinem Kolonialreich einer grundlegenden Änderung bedürfen. Die Beschränkung der englischen Verwaltung auf ihre Tätigkeit als reiner Kontrollapparat für die Wahrung der politischen militärischen und ökonomischen Interessen Englands, der darüber hinaus nichts weiter getan hat, als im Kolonialreich Absatzgebiete für den englischen Handel und Rohstoffplantagen für die englische Industrie zu sehen, hat diese Länder wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes gebracht. Als Folge dieses kurzsichtigen Systems wird jetzt auch die Zukunft des Mutterlandes ernsthaft bedroht. Die Schicksalsfrage des Empire heisst: Umwandlung der eingeborenen Bevölkerung aus Fronsklaven für europäische Ausbeuter in freie Bauern, wobei als Grundlage des Handels die Erhaltung des Menschen und nicht die Sicherung von Renten zu dienen hat. Praktisch drückt sich diese Idee in dem Schlagwort aus: Agrarreform unter gleichzeitiger Berücksichtigung der dringendsten Lebensbedürfnisse der Eingeborenen und des Verzichtes auf eine Bindung von Tod und Leben an die industrielle Konjunktur durch allmähliche Loslösung von der reinen Monokultur.

Eine Aufgabe solchen Formats ist allerdings nicht mit den immer noch vorhandenen Riesenmitteln Englands allein zu lösen. Sie erfordert bei der Wahrung der besonderen Interessen des Empire eine Einstellung auf die Bedürfnisse der ausserhalb der britischen Inseln und des englischen Ueberseereichs lebenden Menschheit und deren tätige Mithilfe. Die Entwicklung Englands beweist genau so wie die Schwierigkeiten der Vereinigten Staaten den Irrtum der Theorie, dass das Heil der Zukunft von der Bildung autarkischer Riesenreiche abhängt. Deshalb gehört die Reorganisation der englischen Kolonialpolitik bereits in den Aufgabenkreis internationalen Handelns.

Die englische Bourgeoisie steht diesem Problem hilflos gegenüber. Schon ihr erster Versuch, sich durch die Emanzipitation von der Goldwährung aus ihren Verlegenheiten zu befreien, hat dem Britisch Empire eine der schwersten moralischen Schlappen zugefügt, die es je erhalten hat. Weder Tories noch Liberale werden in Zukunft das Recht haben, der Arbeiterpartei Schädigung britischer Reichsinteressen vorzuwerfen. Demgegenüber hat jedoch die britische Labourparty dringender als je die Pflicht, sich mit dem Kolonialproblem unter sozialistischen und internationalen Gesichtspunkten zu befassen. Diese Aufgabe ist um so eher lösbar, weil sie heute wieder die Freiheit der Opposition geniesst und weil sie auf diese Weise wahrscheinlich die wichtigste Chance erhält, sich zur Uebernahme der Verantwortlichkeit mit einem schöpferischen Programm zu rüsten, das für die Zukunft Englands und des Empire entscheidend sein wird.

SPD. Amsterdam, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Auch Holland bekommt die Auswirkungen des Pfundsturzes zu spüren. Am 29. und 30.September wurden grössere Goldsendungen der Niederländischen Bank nach Frankreich vorgenommen, am 29.September in drei Flugzeugen 2900 Kilogramm Gold im Werte von 48,2 Millionen Francs, am 30.September 18000 Kilogramm Gold im Werte von 300 Millionen Francs in zwölf Flugzeugen. 100 Millionen Francs von der letzten Sendung waren für die Bank von Frankreich bestimmt. In Gulden umgerechnet, wurden in zwei Tagen insgesamt 34,82 Millionen Gulden in Gold an Frankreich abgegeben. Dem steht gegenüber, dass von einem Betrage der Federal Reserve Bank in New York von 170 000 Dollar, der in Gold nach Europa abfloss, ein Teil auf Niederland entfiel. Immerhin liegt darin keine hinreichende Kompensation für den starken Goldabfluss nach Frankreich, der zwecks Stützung des Guldens gegenüber dem französischen Frank notwendig geworden war.

Infolge des Rückganges des Pfundkurses wurden Hartog's Margarinefabriken in Oss, die zum Unileverkonzern gehören, geschlossen. Die Produktion dieser Fabrik wird vorläufig nach England verlegt. 1000 Arbeiter sind wegen der Stilllegung arbeitslos geworden.

Es zeigen sich hier Symptome eines internationalen Feldzugs der Unternehmer zur Senkung der Löhne. Der Amsterdamer "Telegraaf" behandelt in einem längeren Artikel die Frage des Kurses der deutschen Reichsmark, worin zunächst auch das Interesse der ausländischen Gläubiger Deutschlands an einer Aufrechterhaltung des Markkurses hervorgehoben wird. Den Konzessionen des Auslandes ständen jedoch moralische Verpflichtungen Deutschlands gegenüber, denn ohne Inflation könne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren auf den internationalen Märkten nur durch Absenkung der Produktionskosten erreicht werden. Wenn die deutschen Gewerkschaften vor die Wahl einer freiwilligen Zustimmung zum Lohnabbau oder eines durch Inflation erzwungenen Lohnabbaues gestellt würden, sollte eigentlich die Antwort nicht zweifelhaft sein. Man werde daher diesen Winter eine neue Lohnherabsetzung in Deutschland erleben. Der Artikel bringt diese Frage dann noch in Verbindung mit dem Stillhalte-Abkommen. Es handelt sich bei diesem Artikel ganz offensichtlich um eine von deutschen Scharfmachern bestellte Arbeit!

SPD. Hamburg, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das Urteil in dem Prozess gegen den nationalsozialistischen ehemaligen Polizeiwachtmeister Pohl, der sich vor dem Hamburger Schwurgericht wegen des Revolveranschlags auf den Regierungsrat Lassally zu verantworten hatte, und auf 2 Jahre Gefängnis lautete, erregt in Hamburger republikanischen Kreisen wegen seiner demonstrativen Milde grosse Empörung. Es ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, in welchem Masse sich die Justiz immer mehr zu einem Faktor entwickelt, von dem schwere politische und soziale Störungen ausgehen. Besonders die Urteile der Hamburger Gerichte in letzter Zeit lassen diese Tendenz immer deutlicher erkennen. In dem Prozess Pohl liess schon die ganze Art der Prozessführung erhebliche Zweifel an der Unparteilichkeit des Gerichts aufkommen. Alle Zeugen, die als Belastungszeugen auftraten, wurden nach ihrer politischen Gesinnung und Parteizugehörigkeit befragt, was allerlei Rückschlüsse auf die Einstellung des Gerichtsvorsitzenden zuliess. Auch der Umstand, dass zum Offizialverteidiger, also zu dem vom Gericht bestellten Verteidiger des Angeklagten, ausgerechnet ein Rechtsanwalt bestellt wurde, der auf der nationalsozialistischen Bürgerschaftsliste kandidierte und jetzt auch in die Bürgerschaft gewählt ist, musste natürlich befremdlich wirken. Der Urteilsfällung sah man nach dem Verlauf der Prozessführung also schon mit einiger Skepsis entgegen. Aber das Urteil und seine Begründung übertreffen noch diese Befürchtungen. Während der Staatsanwalt 5 Jahre Zuchthaus beantragt hatte, erkannte das Gericht nur auf 2 Jahre Gefängnis, obwohl es ausdrücklich den Tat-

bestand des Totschlagversuchs anerkannte. Geradezu ungeheuerlich aber ist die Feststellung in der Urteilsbegründung, dass der Beamte sich berechtigterweise dem Gefühl hingeben konnte, einem "unzulässigen Druck" ausgesetzt gewesen zu sein, denn die Polizei habe ihre Beamten tatsächlich bespitzelt.

Welches Vertrauen kann man noch zu einem Gericht haben, das die berechtigte Sorge und Pflicht der Staatsbehörden, sich um die Zuverlässigkeit der zum Schutz der Republik eingerichteten Organe zu kümmern, als "Spitzelei" bezeichnet und dem Beamten, der entgegen der ausdrücklichen Dienstvorschrift mit Feinden der Republik Verbindung hält, das Recht zubilligt, sich einem unzulässigen behördlichen Druck ausgesetzt zu fühlen? Das Urteil des Hamburger Gerichts ist ein weiteres Beispiel für die geradezu gefährliche Entwicklung der deutschen Justiz!

SPD. Hamburg, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Hamburger Senat kündigt für Sonnabend den Erlass neuer Notverordnungen zur Sicherung des hamburgischen Haushaltes an. Obwohl bereits im August durchgreifende Sparmassnahmen durchgeführt sind, beziffert sich der Fehlbetrag im Hamburgischen Staatshaushalt auf über 24 Millionen Mark. Hinzu kommen ausserordentliche Schwierigkeiten. Um eine teilweise Deckung dieses Fehlbetrages zu ermöglichen, muss Hamburg jetzt noch die vom Reich geforderte Angleichung der Beamtengehälter an die Reichsbesoldung durchführen. Diese Angleichung bedeutet vor allem für die Lehrer, für Richter, Staatsanwälte und Regierungsräte eine erhebliche Einbusse. Bei den Lehrern sind es 400 Mark im Jahre. Sie trifft aber auch alle übrigen Gruppen der unteren, mittleren und oberen Beamten. Neben dieser Gehaltsangleichung wird der Senat eine dritte Gehaltskürzung in Höhe von 4 - 7 % der Gehälter anordnen. Die Gehälter der Senatoren werden damit insgesamt um 33 1/3 % gekürzt. Da auch diese beiden Notmassnahmen nicht ausreichen, wird weiter die Bürgersteuer, die bisher auf den 1½fachen Satz festgesetzt war, auf den dreifachen Satz erhöht. Gleichzeitig werden auch Richtlinien erlassen, die eine sehr erhebliche Senkung der Einzelgehälter in den staatlichen Unternehmungen herbeiführen. Diese Massnahmen ergeben noch nicht einmal die Hälfte des vorhandenen Fehlbetrages, sodass weitere Einsparungen vorbereitet werden müssen, die sich allerdings auf die sachlichen Aufgaben des Staates beziehen. Hamburg verhandelt zurzeit mit dem Reich, um eine besondere Hilfe für die erheblichen Hafenaufwendungen zu erreichen. Der Hamburger Hafen arbeitet zurzeit mit einem monatlichen Zuschuss von 3 Millionen Mark.

SPD. Breslau, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Breslauer Kommunistenprozess, der die kommunistischen Ueberfälle auf einen Stahlhelmzug beim sogenannten Frontsoldatentag in Breslau im Mai d.J. zum Gegenstand hatte, fand am Freitag seinen Abschluss. Das Gericht verurteilte wegen schweren Landfriedensbruchs die Angeklagten Hübner zu 2 Jahren Zuchthaus, Feinen zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis, Fabian zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, Kurt Markus zu 10 Monaten Gefängnis, Erich Rother zu 2 Jahren Gefängnis und Max Rother zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis; wegen Landfriedensbruchs den Angeklagten Lausch zu 7 Monaten Gefängnis und die Angeklagte Gruschke zu 10 Monaten Gefängnis. Weitere acht Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen von 3, 5 und 6 Monaten. 9 Angeklagte wurden freigesprochen. Das Gericht hat, wie es in der Urteilsbegründung heisst, so schwere Strafen gewählt, um für die Zukunft eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Die Angeklagten nahmen das Urteil gelassen auf.

SPD. Das Treiben der Parteispalter beginnt, traurige Erscheinungen zu zeitigen. Im Zusammenhang mit der Besetzung eines sozialistischen Jugendheims in Breslau haben 30 Leute aus der sogenannten "Schutzstaffel" Dr. Ecksteins vier sozialdemokratische Jugendgenossen überfallen und misshandelt. Wir gestehen offen, dass wir es nicht für möglich gehalten hätten, dass Dr. Eckstein den Kampf gegen die Partei, der er bisher angehört hat, mit den Methoden eines Goebbels oder der kommunistischen Rowdybanden fühlen lassen würde. Diese Selbstenthüllung der Breslauer Spalter wird bei allen Sozialdemokraten eine Stimme der Empörung hervorrufen.

Die Spalter besitzen immer noch die Stirn zu behaupten, dass sie die Spaltung nicht organisiert hätten. Der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete Portune hat in der Frankfurter Mitgliederversammlung bestritten, dass Sonderkonferenzen der Opposition stattgefunden hätten. Gegenüber dieser offenkundigen Unwahrhaftigkeit und Irreführung der Versammlung verweisen wir auf die folgenden Ausführungen der Leipziger Volkszeitung vom Donnerstag:

"Die Genossen Seydewitz und Rosenfeld sowie ihre Getreuen spiegeln noch immer vor, dass ihnen Unrecht geschehen sei. Sie erklären noch immer, dass sie keinerlei Spaltungsabsichten vertreten hätten. Den Kenner der Dinge muteten diese Versicherung seit längerer Zeit bereits recht eigenartig an. Man soll sich nicht dümmer stellen, als man ist, und vor allen Dingen andere nicht für uninformiert halten, wie man das recht gerne möchte.

Es war aufgefallen, dass eine grosse Berliner Zeitung am Tage nach der Sitzung des Parteiausschusses über die Vorgänge in der Gruppe Rosenfeld-Seydewitz sehr gut informiert gewesen ist. Diese Zeitung berichtete eingehend über die Vorgänge, die sich vollzogen haben und noch vollziehen sollten. Sie konnte das mit gutem Gewissen tun, da einer ihrer Redakteure von einem sozialdemokratischen Abgeordneten des Chemnitzer Bezirks besonders instruiert worden war. Die Informationen des Berliner Blattes gingen auf Beschlüsse zurück, die in einer Sonderkonferenz der Opposition, die zur Vorbereitung für die Haltung im Parteiausschuss am 21. September in Berlin tagte, gefasst wurden.

Von dieser Konferenz gegen alle die Massnahmen aus, die in den letzten Tagen von seiten der Seydewitz-Gruppe getroffen worden sind. Vor allen Dingen wurde in dieser Konferenz die Absicht, zu spalten, offen dargelegt. Am 21. September war es kein anderer als Walter Oettinghaus, der mit der ganzen Kraft seiner Stimme die Rosenfeld-Leute beeinflusst hat, ihren eigenen Laden endlich aufzumachen. Oettinghaus ging inzwischen zur KPD. Dass er mit Thälmann verhandelt hat, hat er selbst zugegeben, und dass er nicht erst nach der Unterzeichnung des Aufrufs in der "Fackel" verhandelt haben kann, wurde gestern an Hand der Daten nachgewiesen. Damit ergibt sich das folgende: Oettinghaus ist mit allem Nachdruck für die Lostrennung, für die Bildung der "Sozialistischen Arbeiterpartei" eingetreten, während er gleichzeitig mit Moskau verhandelte. Wer boshaft sein wollte, müsste sagen, dass das Karl-Liebknecht-Haus an diesen Plänen, die auf eine Absplitterung von der Sozialdemokratie gerichtet sind, Anteil hatte.

Entsprechend der Beschlüsse, die auf der Sonderkonferenz vom 21. September gefasst worden sind, ging das bekannte Rundschreiben an die Verbreiter der "Fackel" hinaus. Auf dieser Konferenz wurde auch der Beschluss gefasst, die "Fackel" als Tagesorgan erscheinen zu lassen. Noch bevor der Parteiausschuss seine Beschlüsse fasste, sind mit der Druckerei der "Fackel" Verhandlungen aufgenommen worden, um das Organ der "Sozialistischen Arbeiterpartei" als täglich erscheinendes Blatt herauszugeben.

Diese Vorgänge waren noch nicht bekannt, bevor der Parteiausschuss seine Entscheidung traf. Um so mehr ergibt sich heute, dass der dort gefasste Beschluss im Angesicht dieser Situation der einzig mögliche war. Wir geben zu,

dass durch die Entscheidung des Parteiausschusses den Rosenfeld und Seydewitz die Gerste gehörig verhagelt wurde. In der Sonderkonferenz vom 21. September ist erwogen worden, die Spaltung um etwa drei Wochen hinauszuschieben, die Entscheidung hinauszuzögern, und zwar etwa auf die Mitte des Oktobers. Die Absichten, die damit verfolgt werden sollten, liegen offen zutage.

Diese Pläne wurden durch die Beschlüsse des Parteiausschusses und die darauf folgenden Massnahmen durchkreuzt. Aus diesen Tatsachen aber ergibt sich positiv, von welcher Seite die Spaltungsabsichten ausgegangen sind. Das Urteil überlassen wir getrost den Parteigenossen und der politischen Oeffentlichkeit. Man soll sich nicht dümmer stellen, als man ist, und wenigstens offen und ehrlich zugeben, welche Pläne im Dunkel der Sonderkonferenzen verfochten worden sind."

Wie lange wollen Rosenfeld und Seydewitz nach diesen Enthüllungen noch das Märchen von ihrer Unschuld erzählen?

SPD. Aus dem Parteivorstand wird uns geschrieben: Seydewitz hat an den Bezirksvorsitzenden in Zwickau, den Genossen Kurt Müller, einen Brief geschrieben, in dem er behauptet:

"Der Genosse Rosenfeld und ich haben ausserdem vor Beginn der Parteivorstands-Sitzung dem Parteivorstand ein Schreiben unterbreitet, in dem wir unter Berufung auf unser letztes Schreiben uns ausdrücklich zu Verhandlungen und zur Verständigung bereit erklärt haben. Leider hat der Parteivorstand nicht dieselbe Bereitschaft zur Verständigung gezeigt und die Schuld für die Folgen des Ausschlusses trägt der Parteivorstand."

Das ist ein unehrliches Spiel. In diesem Brief Rosenfelds steht kein Wort von "Verständigung". Hier der Wortlaut:

"Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 26. d.M., auf das wir bis heute Antwort nicht erhalten haben, bitte ich zugleich im Namen des Genossen Seydewitz um Nachricht, ob der Parteivorstand bereit ist, in Besprechungen mit uns einzutreten."

Also lediglich "Besprechung", nichts von "Verständigung"! Wir wissen durch Ströbel und die Bezirksleitung in Zwickau, dass Seydewitz und seine Freunde nicht willens waren, sich dem Beschluss des Parteiausschusses zu fügen. Das haben Rosenfeld und Seydewitz zudem ausdrücklich an den Parteivorstand geschrieben.

Die Seydewitz-Gruppe geht mit dem Märchen hausieren, der Parteivorstand habe die Oppositionsmeinung in der Parteipresse mit Gewalt abgewürgt, so dass die "Fackel" notwendig geworden sei. So seien die linken Redakteure in Kaiserslautern, Saalfeld, Breslau und Frankfurt a.M. vom Parteivorstand hinausgeworfen worden. Wie uns der Parteivorstand mitteilt, ist an dieser Behauptung kein Wort wahr.

SPD. Der Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat am 2. Oktober folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:

"Die Teilnahme an Sonderkonferenzen und Sonderorganisationen, die von den aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Seydewitz oder ihren Anhängern veranstaltet oder gebildet werden, ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Dasselbe gilt für die Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft. Mit der Mitgliedschaft im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands ist ferner unvereinbar die Propaganda und der Vertrieb der Zeitschriften der Gruppen wie zum Beispiel "Die

Fackel", "Sozialistische Information" und "Roter Kämpfer." Mitglieder des Verbandes, die diesen Beschlüssen zuwider handeln, stellen sich ausserhalb der Organisation. Der Beschluss des Hauptvorstandes stützt sich auf die von der Reichskonferenz des Verbandes in Lüneburg 1930 beschlossenen Richtlinien über die politische Erziehung der sozialistischen Arbeiterjugend und auf die von der Reichskonferenz in Leipzig 1928 beschlossenen Bestimmungen über das Ausschlussverfahren in der Sozialistischen Arbeiterjugend."

Der Hauptvorstand richtet ferner den folgenden Aufruf an die Jugendgenossinnen und Jugendgenossen:

"Die arbeitende Jugend geht einem schweren Winter entgegen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not unternimmt die soziale und politische Reaktion einen neuen Generalansturm auf die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft. Die arbeitende Jugend erlebt in dieser Notzeit mit eindringlicher Deutlichkeit ihre Schicksalsverbundenheit mit der erwachsenen Arbeiterschaft. Der Kampf der Arbeiterschaft in den kommenden Wochen und Monaten ist ihr Kampf, er entscheidet nicht zuletzt auch über die Zukunft der jungen Generation der Arbeiterklassen.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind in diesem Ringen die einzigen Organisationen, die die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und die ihre ganze Kraft einsetzen, um trotz des Ansturmes der Gegner, trotz der unerhörten Angriffe des Faschismus von rechts und des Kommunismus von links der Arbeiterschaft ihre in jahrzehntelangem Kampf errungenen sozialen und politischen Rechte zu erhalten.

Die sozialistische Arbeiterjugend steht fest zur Sozialdemokratie in der Ueberzeugung, dass allein die Sozialdemokratie in der Lage und gewillt ist, die Interessen der arbeitenden Jugend zu vertreten und ihre sozialistischen Ideale zu verwirklichen. Wir haben in dieser Ueberzeugung stets unsere ganze Kraft eingesetzt, um die Schlagkraft der Partei zu erhalten und zu stärken. Unsere Arbeit war erfüllt von dem Willen, mitzuhelfen, die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des demokratischen Sozialismus durch die Stärkung der Sozialdemokratie herbeizuführen.

Jetzt stehen wir vor der Tatsache, dass in dieser Notzeit Genossen, die auch Führer der Jugend sein wollten, ihre Sonderbündelei innerhalb der Partei höher stellten, als die Einheit der Partei. Die Partei hat sich diesem Angriff auf ihre elementarsten Lebensgesetze mit dem harten Mittel des Ausschlusses erwehren müssen, und die Führer dieser Sonderbestrebungen stehen nun ausserhalb der Partei.

Die Stellung der Sozialistischen Arbeiterjugend in diesem Konflikt ist eindeutig und klar. Wir lassen uns in unserer Treue zur Sozialdemokratie durch diese Absplitterung nicht erschüttern. Wer seine Sonderbestrebungen höher stellt als die Erhaltung der Einheit der Partei, wer den Beschlüssen der von der Mitgliedschaft gewählten und mit der Führung der Partei beauftragten Körperschaften beharrlich zuwiderhandelt und damit ein krasses Beispiel von Disziplinlosigkeit gibt, der stellt sich nicht nur ausserhalb der politischen Organisation der Arbeiterschaft, der Partei, er hat auch das Recht verwirkt, Führer der Jugend zu sein. Die Hoffnungen der Ausgeschlossenen auf die Gefolgschaft der Jugend werden sich nicht erfüllen. Die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend sind nicht bereit, eine neue Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu unterstützen.

Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung vom 2. Oktober Beschlüsse gefasst, die jeden Versuch der Ausgeschlossenen, sich in der Jugendorganisation einen Stützpunkt zu schaffen, verhindern werden. Wir richten an die gesamte Mitgliedschaft die dringende Aufforderung, uns in dem Kampf um die Erhaltung der Einheit der Organisation tatkräftig zu unterstützen und jeden abzuweisen, der den Versuch unternimmt, unsere Organisation zu zersetzen.

Unsere Organisation hat sich in der schweren Zeit seit den Septemberwahlen des vorigen Jahres glänzend geschlagen. Unser Reichsjugendtag in Frank-

furt war eine der erhebendsten und gewaltigsten Kundgebungen in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung. Unsere Mitgliederzahlen wachsen. Wir zählen am Ende des ersten Halbjahres 1931 rund 60 000 Mitglieder, das bedeutet eine Zunahme von annähernd 5.000 Mitgliedern in sechs Monaten. Diese Erfolge weisen den Weg, der die arbeitende Jugend allein aus der harten Notzeit der Gegenwart in eine hellere Zukunft führen kann. Nur mit einer starken und einheitlichen Organisation der arbeitenden Jugend können wir den Kampf für unsere Ziele erfolgreich führen. Unsere Aufgabe ist klar: Einheit im Kampf, Einheit in der Organisation, Einheit mit der Sozialdemokratie.

Unser Kampf aber geht weiter um die Ziele, für die wir in Frankfurt geschlossen und machtvoll demonstriert haben: Gegen Faschismus und Wirtschaftsnot! Für Demokratie und Sozialismus!"

SPD. Paris, 2.Oktober (Eig.Drahtber.)

Die Pariser Bank Comptoir Lyon-Alemand hat am Freitag-Vormittag ihre Zahlungen einstellen müssen. Aufgrund der in den Morgenzeitungen verbreiteten Nachrichten über die schwierige Lage der Bank hatten sich am Freitag früh zahlreiche Kunden vor dem Hauptbüro der Bank eingefunden, um ihre Gelder abzuheben. Niemand durfte jedoch die Kasse betreten, was unter dem Publikum starke Erregung hervorrief, die sich in Drohungen und Beschimpfungen gegen die Geschäftsinhaber auslöste. Die Polizei musste schliesslich den Sicherheitsdienst vor der Bank verstärken, um ein gewaltsames Eindringen der Kunden zu verhindern. Unterdessen tagte der Aufsichtsrat der Firma, kam aber zu keinem Beschluss über die angesichts der Zahlungsschwierigkeiten zu treffenden Massnahmen. Die Beratung wurde am Nachmittag fortgesetzt. Als die Mitglieder des Aufsichtsrates und die Direktoren am Mittag das Bankgebäude verliessen, wurden sie von den Kunden beschimpft und zur Auszahlung der Gelder aufgefordert.

Der Bürgermeister von Reims hat am Freitag in einer Versammlung der Leiter der dortigen Banken in Gegenwart eines Vertreters der Bank von Frankreich den Vorschlag gemacht, dem vor kurzem in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Comptoir d'Escompte de Reims einen Kredit von 23 Millionen Francs zur Weiterführung des Betriebs zu gewähren. Der Vorschlag ist bisher noch nicht angenommen worden.

SPD. In der Frankfurter Parteiversammlung vom 30. September hat der Abg. Portune erklärt, er denke nicht daran, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten. Dazu wollen wir nur feststellen, dass im Büro des Reichstags unter dem Datum des 30. September eine Erklärung von Portune zugegangen ist, durch die er seinen Austritt aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vollzog. Da dieser Brief vor dem Stattfinden der Frankfurter Parteiversammlung abgesandt sein muss, so steht Portunes Verhalten mit seinen Worten vor seinen Worten vor seinen Frankfurter Wählern im schroffsten Widerspruch.

SPD. Paris, 2.Oktober (Eig.Drahtber.)

Die Meldung von dem Absturz eines französischen Postflugzeuges in Belutschistan wird dementiert. Das betreffende Flugzeug habe lediglich eine Notlandung vornehmen müssen. Die Flieger seien unverletzt geblieben. Die Postsäcke seien von einem Ersatzflugzeug übernommen worden.

SPD. Bukarest, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

In dem Bukarester Arbeiterheim fand eine Konferenz der sozialistischen Delegierten des Kongresses der Interparlamentarischen Union statt, an der 43 Abgeordnete aus 11 Ländern teilnahmen. Auf Antrag Löbes wurde an die ungarische Sozialdemokratie, der die Teilnahme an dem Kongress infolge des verhängten Standrechts unmöglich gemacht wurde, ein Telegramm gerichtet, in dem die Konferenz die Abwesenheit der ungarischen Sozialdemokraten bedauert und gegen die politische Unterdrückung durch die Einführung des Standrechts protestiert. Eine Kopie des Telegramms wurde auch dem Kongressbüro der Interparlamentarischen Union übermittelt. In der anschliessenden Debatte über das Programm des Kongresses verlangten die sozialistischen Parlamentarier u.a., dass an der Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932 Politiker teilnehmen, aber Diplomaten und Offiziere nur als Sachverständige. Von der Interparlamentarischen Union wird eine regere Aktivität im Dienste der Abrüstung gefordert. Renaudel teilte mit, dass die französischen Genossen beantragten, auf dem nächsten Interparlamentarischen Kongress die Frage des offenen Wahlrechts, das von Ungarn nach Südslawien übergriff, zu behandeln. Die Konferenz richtete an die rumänische Arbeiterschaft, über deren Lage der Parteisekretär Radaceanu referierte, warme Grüsse.

In der Freitag-Sitzung der interparlamentarischen Union begründete Sollmann einen Abänderungsantrag der deutschen Gruppe zur Abrüstungsentschliessung des Unionsrates, wonach Abrüstung auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten aller Völker gefordert wird. Sollmann polemisierte gegen den französischen Vorredner Bastide, der wieder das berüchtigte Sicherheitsmoment in den Vordergrund schob. Sollmann entgegnete, dass Rüstungen und grosse Heere nach den Lehren der Geschichte keinerlei Sicherheit bedeuteten. Die Fortdauer des Wettrüstens treibe Europa der Katastrophe entgegen. Sollmanns wuchtige Ausführungen wurden mit einem grossen Beifallssturm aufgenommen.

SPD. Die Arbeitslosenversicherung rechnet für den kommenden Winter bei einer Höchstzahl von etwa 6½ Millionen Erwerbslosen mit einem Fehlbetrag von 111 Millionen. Der Ausgleich dieses Defizits soll durch die Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen erreicht werden. Fallen gelassen sind aber die Pläne auf Herabsetzung der Unterstützungssätze. Im Unternehmerlager führt man diese Entscheidung auf den politischen Einfluss der Sozialdemokratie auf die Reichsregierung zurück. Angesichts des Widerstandes der Sozialdemokratie, so schreibt z.B. die "Kölnische Zeitung" hätte der Kanzler die finanziell wichtigste Bestimmung der in Vorbereitung befindlichen Notverordnung geopfert. Das Blatt warnt deshalb den Reichskanzler auf das entschiedenste vor einer solchen "Kapitulation" vor politischen Kräften.

Diese Warnung kommt erfreulicherweise zu spät. Die Senkung der Unterstützungssätze bei der Arbeitslosenversicherung ist verhindert und damit eine grosse Gefahr für die soziale Existenz der gesamten Arbeiterklasse abgewehrt worden. Wir haben immer gewusst, dass das Unternehmertum die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung erstrebt, weil die Arbeitslosenunterstützung das beste Bollwerk gegen die Lohnherabsetzung ist. Das bestätigt jetzt die "Kölnische Zeitung". Sie schreibt :

"Das Entscheidende ist, ob man sich dazu entschliesst, die verschiedenen Arten von Arbeitslosenrenten näher aneinanderzurücken und auf einen Stand zu bringen, der es ermöglicht, in dem erforderlichen Umfang Lohnsenkungen vorzunehmen, ohne dass der Arbeitslohn unter die Arbeitslosenrente herabsinkt."

So deutlich ist bisher wohl niemals die Absicht des Unternehmertums ausgesprochen worden. Man will den Lohn auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung herabdrücken. Damit das leichter vor sich geht, soll zuerst die Arbeitslosen-

unterstützung weiter gesenkt und die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse geschwächt werden. Der Kampf für die ausreichende Arbeitslosenunterstützung ist dahn zugleich Kampf um die Erhaltung des Lohnes.

+

Zu der Verkürzung der Bezugsdauer in der Arbeitslosenunterstützung ist folgendes mitzuteilen! Ursprünglich hatte die Reichsregierung beabsichtigt, an der Arbeitslosenversicherung durch den Vorstand der Reichsanstalt drei Änderungen vornehmen zu lassen. Erstens sollten die Unterstützungssätze allgemein auf die Sätze der Krisenfürsorge herabgedrückt werden. Zweitens sollte darüber hinaus noch eine Verkürzung der Sätze für die Ledigen eintreten. Drittens war eine Verkürzung der Bezugsdauer von 26 auf 18 Wochen, für Saisonarbeiter auf 14 Wochen geplant. Den Vorstellungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ist es gelungen, die Regierung zum Verzicht auf die beid ersten Pläne zu bewegen und die Herabsetzung der Bezugsdauer um zwei Wochen zu mildern. Ausserdem soll die jetzige Massnahme der Reichsanstalt ihre Ergänzung dadurch finden, dass die Bezugsdauer für die Krisenunterstützung entsprechend verlängert wird, sodass die Erwerbslosen nicht früher in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge übergehen müssen als bisher. Eine entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums wird schon in den nächsten Tagen erlassen werden. Gegenwärtig beträgt die allgemeine Dauer der Krisenfürsorge 32 Wochen. In besonderen Fällen, namentlich für über 40 Jahre alte Personen, kann sie bis zu 39 Wochen verlängert werden. Für berufsübliche Arbeitslose tritt aufgrund der Notverordnung vom Juni zu den 32 oder 39 Wochen eine Verlängerung um 6 Wochen, sodass hier im allgemeinen die Laufdauer der Krisenfürsorge schon jetzt 38 bis 45 Wochen beträgt. Die geplante weitere Verlängerung der Krisenfürsorge wird voraussichtlich der Verkürzung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung entsprechen. Die Dauer der Krisenfürsorge wird also im allgemeinen um 6 und für Saisonarbeiter um 4 Wochen verlängert werden. Das bedeutet eine Verlängerung für die einzelnen Kategorien auf 38 bis 49 Wochen.

SPD. Der Wohnungsausschuss des Reichstages hatte zur Freitag-Sitzung das Reichsarbeitsministerium und das Finanzministerium zur Aussprache über die Absichten der Regierung zur Änderung des Wohn- und Mietrechts eingeladen. Die Regierungsvertreter waren nicht erschienen. Der Reichskanzler hat in einem Briefe an den Ausschuss gebeten, die Regierung von der Entsendung der Vertretung zu entbinden, weil die Materie Gegenstand der Beratung des Kabinetts sei und die Beratung noch andauere. Der Vertreter des Zentrums erklärte hierauf, der von der Sozialdemokratie gestern eingebrachten Entschliessung, die die Regierung auffordert, von der Änderung der Mieterschutzgesetze Abstand zu nehmen, bis ein soziales Wohnrecht gesichert ist, nicht zustimmen zu können, obwohl sie sachlich mit dem Inhalt sympathisiere. Durch den Brief des Reichskanzlers wurde bestätigt, dass die Regierung die Mieterschutzgesetze durch Notverordnung verändern will. Der Ausschuss nahm die Entschliessung der Sozialdemokraten mit 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an, während die bürgerlichen Vertreter dagegen stimmten.

SPD. Bukarest, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die sozialdemokratische Partei Rumäniens hat an die Öffentlichkeit ein Manifest gerichtet, in dem sie zur politischen und wirtschaftlichen Krise des Landes klare Stellung nimmt. Einleitend betont die Partei die Notwendigkeit scharfer wirtschaftlicher Reformen, u.a. werden die Einführung des staatlichen Getreidemonopols und eine Kontrolle der Banken durch den Staat verlangt. Das Problem der landwirtschaftlichen Verschuldung müsse endlich geregelt wer-

den; denn solange das nicht geschehen sei, müsse die Bauernschaft noch mehr verelenden. Gefordert wird ferner eine Nationalisierung der Bergwerke und eine durchgreifende Reform der Finanzgesetze. Der ungeheuerlichen Spekulation müsse die Regierung mit energischen Massnahmen zu Leibe gehen. Um dem Lande endlich eine wahre demokratische Regierung und Verwaltung zu geben, müsse das bisherige Wahlgesetz grundlegend abgeändert werden. Schliesslich wird im Manifest die Berufung einer neutralen demokratischen Regierung gefordert, die freie Wahlen anordne und durchführe.

SPD. Madrid, 2.Oktober (Eig.Drahtb.).

Bei der Semester-Eröffnungssitzung an der Universität in Barcelona kam es am Donnerstag zu ungeheuren Skandalszenen. Die Katalanen liessen die Redner in kastilischer Sprache nicht sprechen und umgekehrt. Die Sitzung musste aufgehoben werden.

Der Ministerpräsident dementiert nachdrücklichst die Gerüchte über die Absichten einer Kabinettsumbildung und angebliche Diktaturgelüste republikanischer Politiker. Das Kabinett werde nur geschlossen demissionieren.

In der Stadt Elche sind 41 Personen in einem Altersheim an Wurstvergiftung erkrankt. 9 Personen sind bereits gestorben.

SPD. Kiel, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Vor dem Kieler Schöffengericht hatten sich sieben Nationalsozialisten zu verantworten, die anlässlich der Aufführung des Films "Im Westen nichts Neues" mit Tränengasbomben und weissen Mäusen die Aufführung zu stören versuchten. Zwei der Angeklagten wurden freigesprochen, fünf zu Gefängnisstrafen von einem bis drei Monaten verurteilt.

SPD. Paris, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Wie aus Marrakech gemeldet wird, hat vor einigen Tagen eine Abteilung von noch nicht unterworfenen Eingeborenen die französische Postenkette im Kreise Tarudant durchbrochen und eine Strassenarbeiterkolonne überfallen. Elf Arbeiter wurden getötet, neun verletzt. Die Sicherheitsmassnahmen sind infolgedessen verstärkt worden. Nach einer anderen Meldung ist bei Tadla eine Abteilung von 400 nicht unterworfenen Eingeborenen in die französische Linie eingedrungen und hat einen Eingeborenenposten angegriffen. Die Aufständischen wurden mit Hilfe von Flugzeugen zurückgeschlagen, wiederholten aber an den beiden nächsten Tagen in derselben Gegend ihren Angriff. Auch diese blieben erfolglos. Die Angreifer mussten sich mit Verlusten zurückziehen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu beklagen.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags wird für den 12.Oktober, also einen Tag vor dem Wiederbeginn der Plenarverhandlungen, einberufen werden. Er soll darüber entscheiden, welche Gegenstände mit der Beratung der am 13.Oktober auf der Tagesordnung des Reichstags stehenden Erklärung der Reichsregierung verbunden werden sollen. Als sicher kann man es betrachten, dass die verschiedenen während der Sommerpause des Reichstags erlassenen Notverordnungen, die Anträge der Parteien auf Aufhebung solcher Verordnungen und die Misstrauensanträge gegen das Kabinett Brüning oder gegen einzelne Minister in der grossen politischen Aussprache mitbehandelt werden, die sich an die Regierungserklä-

rung anschliessen wird. Der Altestenrat wird weiter darüber zu befinden haben, ob auch die sobst noch vorliegenden Anträge der Parteien in dieser Debatte miterledigt werden sollen. Dringliche Gesetzentwürfe der Regierung liegen dem Reichstag bisher noch nicht vor.

SPD. Paris, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das nationalistische "Journal des Débats" schreibt zu der bevorstehenden Reise Lavals nach Amerika, der Ministerpräsident dürfe sich keinerlei Illusionen hingeben. Er werde in Washington Leuten gegenüberstehen, deren Ansichten in keiner Frage mit der Ansicht Frankreichsübereinstimmten. Die Vorstellungen, die man sich in Amerika von Europa und besonders von Frankreich mache, seien allgemein falsch. Das müsse sich der Ministerpräsident vor seiner Abreise klarmachen, denn sonst würde er es nicht vermeiden können, schwere Irrtümer zu begehen.

Laval müsse sich vor allem in zwei Fragen in acht nehmen. Es sei wahrscheinlich, dass die Amerikaner eines Tages den Streich vom Monat Juni (Aufschiebung der Regierungszahlungen) wiederholten. Laval müsse ihnen daher zu verstehen geben, dass Frankreich jede Gleichstellung der Reparationen mit den interalliierten Kriegsschulden ablehnt. Wenn Amerika auf einen Teil seiner Forderungen verzichten würde, wäre Frankreich sehr erfreut über diese Geste und würde automatisch Deutschland einen entsprechenden Nutzen daraus ziehen lassen. Aber es gebe keinen Grund, Deutschland seiner Reparationszahlungen zu entbinden und Frankreich die ganze Last des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete aufzubürden. Ebenfalls könnte Frankreich keineswegs die amerikanische Auffassung in der Abrüstungsfrage annehmen. Laval müsste dies den Amerikanern ohne Umschweife zum Ausdruck bringen. Die Abrüstung nach der amerikanischen Auffassung würde nur die "kriegerischen Nationen" ermutigen, die sie nicht in einem friedlichen Geiste verlangen, sondern um Europa auf den Kopf zu stellen. Eine französisch-amerikanische Verständigung wäre sicherlich ausgezeichnet, aber sie dürfte nicht zum Nachteil der Grundsätze erfolgen, die Frankreich verteidigen müsse.

SPD. Bochum, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die wilden kommunistischen Streiks auf den Ruhrzechen sind am Erlöschen. Es streikten in der Freitag-Mittagschicht auf vier Zechen noch 1 725 Mann, das sind drei Prozent der Gesamtbelegschaft des Ruhrgebiets, gegen 3 740 oder 6,29 Prozent am Donnerstag-Mittag. Der Streik beschränkte sich am Freitag-Mittag auf die Zechen Radbod, de wendel, Friedrich-Heinrich und Norddeutschland Auf Radbod hat die Belegschaft beschlossen, am Sonnabend wieder einzufahren. In der Freitag-Frühschicht fehlten 4 368 Bergleute (3,88 %) gegen 3 850 (3,43%) am Donnerstag. Auf Zeche Neumühl bei Dinslaken sind 100 Streikende der Frühschicht fristlos entlassen worden. Es ist anzunehmen, dass noch weitere Entlassungen von Streikenden folgen werden. In Gladbeck sind vor der Frühschicht fünf Kommunisten, die Flugblätter verteilten, festgenommen worden. Gegen fünf Uhr wurde an zwei Stellen die Zechenbahnen der Zeche Brassert mit Dynamit gesprengt. 80 Meter Gleise wurden zerstört. Auf die Ergreifung der Täter ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt. In der Nacht zum Freitag wurden an einer Zechenbahnbrücke der Zeche Scholven vier Reichsbannerleute beschossen. Einer wurde durch einen Streifschuss am Kopfe verletzt.

SPD. Bochum, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Mühlheimer Bergwerksverein entlässt angeblich wegen der schwierigen Lage durch den englischen Pfundsturz und den dadurch vermehrten englischen Wettbewerb auf Zeche Vereinigte Welheim 1200 Bergarbeiter.

SPD. Dortmund, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Gehaltsverhandlungen für die technischen und kaufmännischen Angestellten im Ruhrbergbau, deren Tarif schon zweimal je um einen Monat verlängert worden war, sind auf den 9.Oktober festgesetzt worden.

SPD. München, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages berieten am 2. und 3.Oktober in München wichtige Fragen der Kommunalpolitik, in deren Mittelpunkt die Beratung der Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose steht. Nach Feststellungen des Präsidenten Mulert müssen die deutschen Gemeinden für das Jahr 1931 mit einer Ausgabe von rund 1200 Millionen Mark für die kommunale Erwerbslosenfürsorge rechnen. Das Ergebnis der am Freitag abgeschlossenen Beratungen des Preussischen Städtetages wurde in folgender Entschliessung zusammengefasst

"Der Preussische Städtetag legt nachdrücklich Verwahrung ein gegen die schweren Eingriffe, die in den letzten Notverordnungen und noch verschärft in den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften enthalten sind. Hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der getroffenen Anordnungen deckt sich die Auffassung des Städtetages mit der Entschliessung des preussischen Staatsrates. Der Städtetag legt schon heute ausdrückliche Rechtsverwahrung gegen die Rechtsfolgen ein, die den Verwaltungsorganen der Städte aus der Durchführung der Verordnung erwachsen können. Der Städtetag erkennt nach wie vor die Notwendigkeit äusserster Sparsamkeit auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung an, wobei selbstverständlich an den Gehältern der leitenden Beamten in allen öffentlichen Körperschaften in einheitlicher Regelung nicht vorbeigegangen werden darf. Der Zusammenbruch der Gemeindefinanzen muss verhindert und die Zahlung der Wohlfahrtsunterstützung sichergestellt werden. Der Städtetag wendet sich aber auf das entschiedenste dagegen, dass über die von ihm selbst seit langem mit grossem Nachdruck betriebenen Sparmassnahmen und über die durch die Notzeit bedingten Notwendigkeiten hinaus die gesetzlichen kommunalen Vertretungskörperschaften durch ausdrückliche Bestimmung der Ausführungsanweisung ausgeschaltet sind und in die Verfassung und Verwaltung der deutschen Gemeinden in einer Weise eingegriffen wird, die jede wirkliche Selbstverwaltung ausschliesst. Gerade in den jetzigen Notzeiten ist eine ungefährdete rechtlich und finanziell gesicherte Selbstverwaltung unerlässlich. Der Städtetag verlangt deshalb, dass diejenigen Bestimmungen, die den Grundgedanken der Selbstverwaltung und den Grundsätzen der Verfassung widersprechen, beseitigt und ausreichende finanzielle Grundlagen für die Erfüllung der lebenswichtigen Aufgaben der Städte geschaffen werden."

SPD. Cottbus, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Da mit dem 31.August 1931 der Lohntarif der Lausitzer Tuchindustrie abgelaufen war, fanden am Freitag vor dem Schlichtungsausschuss Cottbus erneut Verhandlungen statt. Nach mehrstündiger Verhandlungsdauer fällt die Schlichtungsausschusskammer unter Vorsitz des Stadtrats Dr. Engelbert folgenden Schiedsspruch:

Die bisherigen Tariflöhne (Lohntafel vom 19.März 1931) werden mit Wir-

kung von der laufenden Lohnwoche wieder in Kraft gesetzt. Diese Regelung gilt bis zum 31.Dezember 1931. Sie kann erstmalig zu diesem Termin unter Einhaltung der bisherigen Kündigungsbestimmungen gekündigt werden. Erklärungsfrist bis zum 9.Oktober 1931.

SPD. Breslau, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Mittelschlesiens hat den bisherigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ziegler und Dr. Eckstein mit Zustimmung des Sozialdemokratischen Parteivorstands aus der Partei ausgeschlossen.

SPD. Frankfurt/M., 2.Oktober (Eig.Dr.)

Der bisherige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Andreas Portune ist vom Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen worden.

SPD. Erfurt, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Siemsen-Jena erklärt, dass er nach wie vor Mitglied der Partei bleiben wolle. Die Sonderbündler haben ihn, ohne ihn vorher zu fragen, beim Reichstagsbüro auf eigene Faust aus der sozialdemokratischen Fraktion abgemeldet. In ganz Thüringen wird das Vorgehen Rosenfelds, der hier gewählt ist, entschieden missbilligt.

SPD. Die Reichsbahngesellschaft berichtet für den Monat August über weiteren Rückgang im Personen- und Güterverkehr. Im Güterverkehr traten insbesonder Ausfälle in der Kohlen- und Baustoffbeförderung ein, während auf den Personenverkehr die Finanzkrise ungünstig einwirkte.

Die Einnahmen werden für den August mit 337,05 Millionen Mark angegeben, denen Ausgaben in Höhe von 361,2 Millionen Mark gegenüber stehen. Für den Personenverkehr ergibt sich gegenüber dem Monat August 1930 ein Einnahmenausfall von 19,6 Prozent und für den Güterverkehr von 22,6 Prozent. Gegenüber dem August 1929 sind die Einnahmen im Güterverkehr um 40,2 Prozent zurückgegangen.

Der Personalbestand macht 665 100 Köpfe aus gegenüber 653 224 Köpfen. Die Steigerung ist durchweg auf die Einstellung von Zeitarbeitern zurückzuführen.

SPD. London, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Es steht jetzt so gut wie fest, dass England Ende des Monats Wahlen haben wird, und dass dabei die "nationale Regierung" die Vertrauensfrage an die Wähler stellen wird. Es ist nicht so klar, mit welcher Begründung die "nationale Regierung" dieses Vertrauen verlangen wird. Ihre Politik ist einstweilen noch immer ein Geheimnis, dessen Grund allerdings leicht zu durchschauen ist. Denn gibt es auch die "nationale Regierung", so gibt es nicht die nationale Politik, und was die Regierung dem Lande vorlegen wird ist nichts anderes als eine verbesserte konservative Politik. Sie soll genauer umschrieben werden durch eine Formel, nach der jetzt fieberhaft gesucht wird, und die so beschaffen sein soll, dass möglichst verschiedene politische Anschauungen auf ihr vereinigt werden können. Solche Vorgänge sind wenig geeignet, das Prestige der Regierung zu vermehren.

Die Verbesserung der konservativen Politik hat den Konservativen ermöglicht, MacDonald als Führer und die liberalen Minister als Kabinettsmitglieder in der "nationalen Regierung" zu behalten. Sie hat aber, wie es jetzt den Anschein hat, die liberale Partei endgültig auseinandergerissen. Lloyd George ist nach wie vor gegen frühere Wahlen und missbilligt die Haltung Sir Herbert Samuels und die Konzessionen, die er den konservativen Kabinettsmitgliedern gemacht hat. Wie Lloyd George sich während der Wahlen verhalten wird, steht noch nicht fest, wenn er auch die Aufstellung einer grossen Anzahl von Kandidaten in Aussicht gestellt hat.

Nicht nur aus dem Lager der Labour Party, sondern auch aus dem liberalen werden heftige Angriffe gegen die Konservativen gemacht, weil sie aus der Notlagedee Landes Parteikapital schlagen. Der liberale "Star" macht ebenfalls diesen Vorwurf und fügt, auf die Rolle des Königs beim Entstehen der "nationalen Regierung" und bei der Entscheidung über die Wahlen sich beziehend, hinzu, dass die Tories auch schon früher die Krone als Waffe ihrem Arsenal einverleibt haben.

SPD. London, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Debatte über das Budget schloss am Freitag mit einer bitteren Rede Snowdens, in der er seine früheren Parteifreunde heftig angriff. Die Labour Party, so sagte der Kanzler, hat ihren üblichen Unsinn geredet, dass man sich an den Supersteuerzahler halten muss, um das Budget zu balancieren. Seine Schwierigkeiten mit der Partei seien immer gewesen, dass die Partei nie das geringste habe verstehen können. Vielleicht war dies die letzte Rede Snowdens im Unterhaus. Er sprach mit grosser Leidenschaft eine halbe Stunde und empfing dabei laute Zustimmung von seiten der Konservativen.

SPD. London, 2.Oktober (Eig.Drahtb.)

Vor den Polizeigerichten in Glasgow und Manchester fanden am Freitag die Vernehmungen der bei den Unruhen am Donnerstag verhafteten 24 Personen statt, unter denen sich auch das Parlamentsmitglied Mac Gowan befand. Die Zugänge zu den Gebäuden waren durch hölzerne Barrieren abgesperrt. Die Umgebung wurde von verstärkten Polizeiaufgeboten bewacht. Bei der am Donnerstag stattgefundenen Demonstration in Glasgow hatten sich 50 000 Menschen versammelt, um einen Demonstrationszug durch die Stadt zu veranstalten. Die Unruhe entstand, als dieser Umzug von der Polizei nicht zugelassen wurde. Mehrere Personen wurden verwundet und einiger Sachschaden angerichtet. Der Protest richtete sich gegen die Kürzung der Bezüge der Arbeitslosen, die in der nächsten Woche eintreten wird. Ferner wird von nächster Woche an bei einem Drittel der Arbeitslosen die Auszahlung der Unterstützung von dem Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Prozess um ein Lungenheilmittel.

Woraus besteht Komain? Aus verschimmelter Milch und Marmelade? - Sturm im Budapester Gerichtssaal.

SPD. Budapest, 1. Oktober (Eig. Ber.)

Vom Strafgericht in Budapest wurde nach mehrtägiger Verhandlung der ungarische Arzt Dr. Alexander Forbath wegen Beleidigung seines Berufskollegen Professor Wettenstein zu 20 Pengö Geldstrafe verurteilt - die der Verurteilte aber nicht zu bezahlen braucht. Die groteske Form der Verurteilung lässt erkennen, dass dem Angeklagten bei seiner Beleidigung eine Art "guter Glaube" zugebilligt worden ist. Nun, der Angeklagte vermeinte allerdings ein gutes Werk an der Menschheit zu tun, als er in einer medizinischen Zeitung seinen Kollegen Wettenstein durch den Ausdruck "Kurpfuscher" beleidigte und das von Wettenstein angewandte und propagierte Lungenheilmittel herabsetzend als "Hexenmittel" bezeichnete.

+

Schon seit zwei Jahrzehnten währt in Ungarn der Kampf um Person und Mittel des Professor Wettenstein. Als nunmehr aufgrund der von ihm eingebrachten Beleidigungsklage ein Gericht feststellen wollte, was es für ein Bewenden mit dem Wettenstein'schen Mittel habe, erregte diese Tatsache in Ungarn Sensation. Lungenkranke und halb oder ganz geheilte Kranke, Wissenschaftler, Aerzte und Studenten füllten die Bänke des Verhandlungssaals, der zum Auditorium wurde.

Wieder bezeichnete der Angeklagte seinen wissenschaftlichen Gegner als Kurpfuscher. Die Zusammensetzung des von Wettenstein eingeführten und propagierten Komain sei für die medizinische Welt ein Geheimnis, da der Erfinder sich sträube, die verwendeten Seren bekannt zu geben. Forbath selbst - erzählte er - war vor zwei Jahren im Ambulatorium Dr. Wettensteins als Sachverständiger tätig. Et berichtete aus dieser Zeit, dass er das Sputum einiger als geheilt bezeichneter Patienten untersucht habe, das voller Tuberkeln gewesen sei. Dr. Wettenstein habe gesagt, dass diese Tuberkeln dem menschlichen Körper keine Gefahr bringen würden....

Noch heute ist Dr. Forbath empört darüber wie vor zwei Jahren.

+

Das Gericht bemüht sich festzustellen, was eigentlich Komain ist. Dr. Wettenstein meint, zum Aerger der Gerichtssachverständigen, dass er als Arzt das Recht habe, sein Geheimnis für sich zu behalten; zur entsprechenden Aussage kann ihn das Gericht natürlich nicht zwingen. Die Sachverständigen haben keine Ahnung, worum es sich bei dem Mittel handel, betonen aber, dass in Ungarn ein Arzt heilen dürfe womit er will. Dr. Forbath, der Angeklagte, behauptet herausfordernd, eindeutig und klar: Komain bestehe aus verschimmelter Milch und Marmelade.

Und die Zeugen?

Die Zeugen schwören auf Professor Wettenstein. Einer nach dem andern marschiert auf, sie alle behaupten geheilt oder fast geheilt worden zu sein. Unter diesen Fürsprechern ist sogar ein Richter, er berichtet von Heilerfolgen bei seiner Tochter. Sensationellen Eindruck machte die Aussage eines Bischofs, der dem Wunsche Ausdruck gab, dass die Kirche das Komain als Wundermittel anerkenne und propagiere; es möge bestimmt werden: Wer nicht daran glaubt, der versündigt

sich.- Was das Publikum im Gerichtssaal anbelangt,- das glaubt jedenfalls dara Je positiver die Zeugenaussagen für Professor Wettenstein lauten,umso eher sind die Leute geneigt,das Tribunal zur Scene werden zu lassen und den Angekla ten zu verprügeln. Solche gewaltsame Entscheidung wird zwar verhindert,aber di Entrüstung macht sich in zahlreichen Zwischenrufen Luft. Gestärkt wird das Pu= blikum in seiner Haltung noch,nachdem der Rechtsbeistand Professor Wettenstein ein Schriftstück vorgelesen hat,demzufolge das ungarische Ministerium des In= nern das Komain nicht nur als Heilmittel zulässt,sondern dem Gesundheitsmini= sterium ausdrücklich empfiehlt, es in Spitälern zur Anwendung bringen zu las= sen.

+

Jetzt fährt der Angeklagte,der weiss, was bei einem ungarisch=faschisti= schen Gericht Eindruck macht, noch allerschwerstes Geschütz auf,indem er sagt: "Meinen Hauptsieg erfocht ich in Italien und zwar bei Mussolini. Als Mussoli= ni während meiner Anwesenheit in Italien von meinen Heilerfolgen mit Hilfe des Komain erfuhr,entsandte er einen seiner besten Mediziner zu mir,um Stu= dien mit dem Komain anstellen zu lassen. Der Erfolg war so gross,dass ich nach Italien eingeladen wurde. Die vom König ergangene Einladung wurde in den ita= lienischen Zeitungen publiziert. Hier ist sie!" Und strahlenden Gesichts schwenkt der Angeklagte ein italienisches Zeitungsblatt. -

Von dieser Minute an ging es im Gerichtssaal immer belebter her. Das Publikum fand es geradezu empörend,dass jemand,der von einem leibhaftigen König eingeladen worden sei,ein Kurpfuscher sein könne. Nur ein einziger Arzt durchschrie mit lauter Stimme das Chaos: "Tote kommen nie als Zeugen in einen Gerichtssaal und Schwerkranke haben dazu keine Kraft!"...

+

Das Gericht hat aus diesem Widerstreit der Meinungen wohl auch keinen Aus weg gewusst und deshalb schliesslich diesen salomonischen gefunden: der Ange= klagte wird zwar wegen formaler Beleidigung verurteilt, braucht aber die Geld= strafe nicht zu bezahlen....

Nun,Dr.Forbath ist einCharakter; er erkennt diesen Spruch nicht an,der di Frage, ob Professor Wettenstein ein Kurpfuscher ist oder nicht, nicht beant= wortet: in der Berufungsverhandlung sollen Berliner und Wiener Universitäts= professoren ihre sachverständige Meinung abgeben.

Die Gutachten werden mit Spannung erwartet.

+ + +

Jugend und Politik. Am Freitag=Vormittag begann im Bürgersaal des Rat= hauses zu Berlin=Schöneberg die diesjährige "Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer". Das Kongressthema lautet "Jugend, Erziehung und Politik". In seinen einleitenden Begrüssungsworten verlangte der Vorsitzende des Bundes, Professor Paul Oestreich,statt der die Schule vernichtenden Sparpolitik von unten eine Sparpolitik von oben, d.h. Verzicht auf Unterstützung des Gross= grundbesitzes, der Schwerindustrie usw. In einem anschliessenden Referat über "Die Menschheitslage und ihre Konsequenzen" verlangte Professor Oestreich ei= ne politische Erziehung der Jugend,die zur Durchführung und zur Verwaltung eines gemeinwirtschaftlichen glücklicheren Wirtschaftssystems reif mache. Das gegenwärtige Aufstiegs= und Berechtigungswesen erziehe nicht zu wahrer Soli= darität und zur Verantwortung für die Gesamtheit. In einem weiteren Vortrag über "Die Wandlung des Geistes im Zeitalter der Technik" ergänzte Professor Paul Honigsheim, dass das deutsche Volk, das vom westfranzösischen Individua= lismus ebenso fern sei wie vom russischen Kollektivismus, eine Gruppenbildung erstrebe,deren einziges Gesetz einmal lauten werde: Man darf nichts tun,was der Gruppe schadet. Diese hohe Zielsetzung verlange die intensivste Mitar= beit der modernen Schule.

+ + +

Neue China=Katastrophe. Schon wieder sind 5 ooo Quadratmeilen um Yengtsi infolge anhaltender Regenfälle völlig überschwemmt. 25 ooo Chinesen sollen ertrunken und etwa zehnmal so viel obdachlos geworden sein.

+ + +

Abgebrannte Radiofabrik. In Wembley bei London wurde das Fabrikgebäude der Metro=Radio=Gesellschaft bis auf die Grundmauern eingeäschert. Der Sachschaden beträgt eine Million Reichsmark.

+ + +

Lindbergh abgestürzt! Bei einem Flug von Shanghai nach Hankau sind der berühmte amerikanische Ozeanflieger Charles Lindbergh und seine mitfliegende Frau in der Nähe von Hankau in den Yangtseefluss gestürzt. Die Verunglückten konnten von einem englischen Dampfer gerettet werden.

+ + +

Giftwurst: 11 Tote. Nach dem Genuss von gekochter Wurst erkrankten die Insassinnen eines Altersheims in Alicante (Spanien) an schweren Vergiftungserscheinungen; 11 Greisinnen sind nach furchtbaren Qualen dem Leiden erlegen.

+ + +

25 Arbeiter ertrunken. In dem El Tawfiki=Kanal bei Minehard Abdul Nabi in Unterägypten kenterte eine mit 500 Baumwollpflückern besetzte Fähre. 25 Arbeiter ertranken, die andern konnten grettet werden.

+ + +

"Manöver". Während das amerikanische Luftschiff "Los Angeles" über New York kreuzte und dabei einen Rauchschleier zum Schutze gegen gedachte Fliegerangriffe entwickelte,verdichtete sich der Rauchschleier plötzlich zu einem dichten Nebel, sank zu Boden und verursachte auf Gesichtern und Händen der erschreckten Bürger New Yorks einen beissenden Schmerz. Ausserdem mussten die Zuschauer des "Manövers" feststellen,dass ihre Kleider grosse Löcher aufwiesen. Sachverständige sind der Meinung,dass das vom Luftschiff zur Erzeugung des Rauchschleiers verwandte "Tetraclorit" sich durch Verbindung mit nebliger Luft in eine Säure verwandelt habe. Die New Yorker haben jetzt einen leichten Begriff davon bekommen,was ein eventueller Luftgasangriff auf ihre Stadt praktisch bedeuten könnte.

+ + +

Das Oder=Hochwasser. Das Oderhochwasser hat unterhalb Breslaus im Kreise Wohlau starke Ueberschwemmungen herbeigeführt. Auf der Strecke von Breslau bis Steinau ist gegenwärtig jeder Uebergang über die Oder unmöglich. In mehreren Dörfern sind zahlreiche Gehöfte unter Wasser gesetzt=.

+ + +

Zirkusdirektor in Nöten. Auf Veranlassung eines ungarischen Spediteurs wurde die Menagerie des deutschen Zirkusdirektors Müller auf der österreichisch=ungarischen Grenzstation Hegyeshalom beschlagnahmt. Der Spediteur fühlt sich um Transportgelder geprellt.

+ + +

Der Sargdeckel hob sich = =. In Bukarest ereignete sich ein nicht alltäglicher Fall von Scheintod. Der Kaufmann Vassile Schillur,der bereits eingesargt war, kam während der Trauerfeierlichkeiten plötzlich wieder zu sich. Er hob den Deckel des Sarges auf und richtete sich zum Entsetzen der zahlreichen Trauergäste im Sarge auf. Unter den Anwesenden entstand eine unbeschreibliche Panik; mehrere Frauen fiel in Ohnmacht. Der Totgeglaubte wurde aus dem Sarge in sein Bett getragen, er konnte sich schon am nächsten Tag wieder erheben und befindet sich jetzt vollkommen wohl.

+ + +

Familienfreitod. In Stendal schieden ein Mittelschullehrer,seine Frau und seine beiden Kinder durch Gasvergiftung aus dem Leben;offenbar handelte der Lehrer, den wirtschaftliche Schwierigkeiten in den Tod getrieben haben,im Einverständnis mit seiner Frau.

Gewerkschaftliche Rundschau

Gemeinsame Aktion der Eisenbahnerorganisationen.

Besoldungs- und Arbeitszeitfrage.

SPD. Die Organisationen der Reichsbahnbeamten haben beim Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft und beim Reichskanzler einen gemeinsamen Vorstoss gegen eine weitere Verschlechterung in den Bezügen der Beamten und Pensionäre unternommen. Sie führen an, dass sie seit Jahren durch die Sparpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft starke Nachteile in ihren Dienst- und Rechtsverhältnissen in Kauf nehmen mussten. Während bei der Reichswehr durch Neueinführung einer Zehrzulage der Gehaltsabzug zu 85 Prozent wiedererstattet wird, sind bei den Betriebsbeamten der Reichsbahn, über die Gehaltskürzung hinaus, die bisher schon unzureichenden Entschädigungen für tatsächlichen Dienstaufwand erheblich gekürzt worden.

Sie wenden sich aber auch gegen die in einem Antwortschreiben des Generaldirektors Dr. Dorpmüller am 25. September 1931 abgegebene Erklärung, dass sowohl die bisherigen als auch zukünftige Verschlechterungen in den Bezügen der Beamten und Versorgungsempfänger unverändert und uneingeschränkt im Bereich der Reichsbahn anzuwenden seien. Die Reichsbahn-Gesellschaft beruft sich auf die gesetzlich vorgeschriebene Anlehnungspflicht an die Besoldungsverhältnisse im Reiche. Die Eisenbahnerorganisationen wehren sich dagegen, dass diese Anlehnungspflicht nur für Gehaltskürzungen anerkannt wird, während auf der andern Seite ein erheblicher Teil der Reichsbahnbeamten seit der Besoldungsneuregelung von 1927 niedrigere Gehälter erhält, als das Reichsbesoldungsgesetz für die entsprechenden Gruppen vorsieht. Nachdem die Reichsregierung, wie der Vorgang bei der Reichswehr beweist, in ihrem Bereiche, abweichend von der Notverordnung, Sonderregelungen zugunsten von Teilen der Besoldungsempfänger getroffen hat, bestehe auch für die Reichsbahn-Gesellschaft nicht mehr die Verpflichtung, die Gehaltskürzungsbestimmung der Notverordnung schematisch und uneingeschränkt auf ihr Personal zu übertragen.

Insbesondere fordern die Reichsbahnbeamten auch eine Beseitigung der Ausnahmestellung, die für sie in der Arbeitszeitregelung besteht. Die wiederholten Vorschläge der Organisationen auf Herabsetzung der 48 Stunden weit übersteigenden Dienstzeiten sind von der Reichsbahnverwaltung aus finanziellen Gründen immer wieder abgelehnt worden. Seit 1930 sind aber die Bezüge schon mehrfach gekürzt worden, ohne dass auf der anderen Seite das geringste Entgegenkommen auf dem Gebiete der Arbeitszeit gezeigt worden wäre.

SPD. Vor einigen Tagen verhandelte der Reichsernährungsminister mit den Berliner Bäckern über eine Brotpreisverbilligung für Erwerbslose. In diesen Verhandlungen haben die Bäcker eine Verbilligung des Brotes um 4 Pfennig zugestanden. Die Einzelheiten sollten mit dem Berliner Magistrat geregelt werden. Es ist bis jetzt nicht bekannt geworden, ob eine Regelung zustande gekommen ist. Jedenfalls sind aber die Bäcker dabei, die in den Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister zugestandenen Opfer auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Sie fordern eine Erhöhung des Brotpreises. Die ganze vom Reichsernährungsminister Schiele angeregte Aktion soll also auf eine Belastung der Allgemeinheit auslaufen.

Darüber hinaus muss man sich klar sein, dass, wenn es den Berliner Bäckern gelingt, den Brotpreis heraufzusetzen, das das Signal zu einer allgemeinen Brotpreiserhöhung sein wird. Deshalb ist die Frage doppelt wichtig, ob die Ansprüche der Berliner Bäcker irgendwie berechtigt sind.

Die Berliner Bäcker erhalten für ihr Brot gegenwärtig pro Kilogramm 38,4 Pfennig. Das ist der sogenannte Innungsrichtpreis. Von diesem Preis entfallen auf den Bäcker rund 16,2 Pfennige, die Differenz zwischen dem Mehlpreis und dem Brotpreis, die sogenannte Bäckerspanne. Bei einer Heraufsetzung des Brotpreises von 38,4 auf 40 Pfennig pro Kilogramm würde sich die Bäckerspanne von 16,2 auf rund 18 Pfennige erhöhen. Im vorigen Winter hat aber die Bäckerspanne in Berlin nur 15 Pfennige betragen. Nun sagt ja das Bäckergewerbe, wir geben unser Brot an die Erwerbslosen um 4 Pfennige verbilligt ab. Wir wollen davon absehen, dass diese Preiskonzession durch die verlangte Brotpreiserhöhung zum Teil ausser Kraft gesetzt wird. Wir wollen sogar annehmen, dass 25% der Berliner Bevölkerung, d.h. Arbeitslose mit Angehörigen, in diesem Winter verbilligtes Brot beziehen werden. Dann ergibt sich immer noch eine Bäckerspanne von 15,3 Pfennige. Sie liegt also höher als im vorigen Winter und es ist nicht einzusehen, weshalb für das Bäckergewerbe eine Lohnerhöhung vorgenommen werden soll. Das Bäckergewerbe muss bei einer Spanne von 15 bezw. 15,3 Pfennigen durchaus leistungsfähig sein. In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, dass man in Berlin in der Zwischenzeit die Gesellenlöhne um 6% abgebaut hat. Die Gehälter für die Verkäuferinnen sind sogar noch weiter gefallen. Es wäre geradezu ein Skandal, wenn das Bäckergewerbe Löhne und Gehälter abbaut und für sich eine Lohnerhöhung durchführt.

Die Bäcker können sich allerdings bei ihren Forderungen immer wieder auf die Bewegung der Roggen- und der Mehlpreise berufen. Hier sind recht wilde Schwankungen eingetreten. wie unsere Zusammenstellung zeigt:

	Anfang August	Ende September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen pro Tonne	196 - 198	210 - 213
Roggen " "	145 - 146	185 - 187
Weizenmehl pro 100 kg	27,00-35,50	26,75-32,00
Roggenmehl " " "	21,75-25,00	26,40-29,00

Das Charakteristische der ganzen Entwicklung ist die Uneinheitlichkeit. Die Politik des Reichsernährungsministers Schiele hat das ganze Preisniveau äusserst heftigen Schwankungen ausgesetzt. Kein Mensch weiss mehr, wie es morgen kommen wird. Wir haben eine Ernte, die vollauf genügt, um die deutsche Bevölkerung über den Winter zu bringen. Aber diese Ernte kommt nicht genügend auf den Markt. Man hält mit dem Getreide zurück, um die Preise zu steigern. Wir wissen, dass man in Kreisen der Landwirtschaft tagelang mit einer Inflation gerechnet hat und aus diesem Grunde die Ware nicht auf den Markt brachte. Aber schon lange vorher haben die grossagrarischen Organisationen die Zurückhaltung propagiert. Die Zurückgaltung wurde aber erst durch die berühmte Schielesche Erntebewegungspolitik ermöglicht. Der Erfolg zeigt sich in heftigen Preisschwankungen und man kann schliesslich dem Bäcker nicht mehr zumuten, die Preise stabil zu halten. Die Schielesche Getreidepolitik hat sich äusserst ungünstig und äusserst unwirtschaftlich ausgewirkt.

Im übrigen muss immer daran erinnert werden, dass die deutschen Getreidepreise mehr als doppelt so hoch sind als die Preise im Ausland. Die Unternehmer wollen neue Lohnkürzungen. Aber sie haben sich noch keine Sorgen darum gemacht, dass die Preise in Deutschland billiger werden. Wir haben einen Brotpreis, der dem Lohn entspricht, den die Arbeiterschaft in den besten Konjunkturjahren bezog. Heute sind aber die Löhne tatsächlich fast um die Hälfte gefallen. Dieser Tatsache hat der Getreidepreis und der Brotpreis bis jetzt noch keine Rechnung getragen.

SPD. Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuss des ADGB. unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongress zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts, sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmässiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Grassmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerüchten, die über die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Massnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung, sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf waren. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Massnahmen zu verschaffen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten. Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Massnahmen auf den Einfluss der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen Pfundkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, dass auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, dass man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlicherklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmebedingungen zuzugestehen; eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatten würde und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise paralell gehen solle - diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Kein Zweifel, dass diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechtes gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Massnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Arbeitgeber. Das vor einigen Tagen veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, dass die Reichsregierung aus Furcht vor einer neuen Inflation sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben das positive Ergebnis gehabt, dass eine Neuregelung des Tarifrechts in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet, da in der zweiten Hälfte Oktober eine neue Notverordnung bevorsteht.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80% aufrecht zu erhalten und die verbleibenden 20% der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 % ist aber offenbar nicht die einheitliche Ueberzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaus zu beschleunigen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6½ % des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die 6 Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl

der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Stattdessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muss berücksichtigt werden, dass der Beschluss des Vorstandes ausschliesslich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluss durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Regierung auf das Unerträgliche einer solchen Massnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, dass sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

Diese Lösung musste unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht C[illegible]smann schloss sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur die Verbandsvorsitzenden, sondern insbesondere auch die Lohnpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einmütige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechts unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Ueberstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der 40-Stundenwoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortdauernden Drosselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Wirtschaft Technik Handel

Alarm!

Bedenkliche Entwicklung bei der Reichsbank.

SPD. Die Reichsbank hat in der letzten Septemberwoche nicht weniger als 232,7 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren. Der von ihr gewährte Kredit hat den Rekordstand von 4 Milliarden Mark überschritten. Die Notendeckung ging von 40,1 Prozent in der dritten Septemberwoche auf 31,2 Prozent zurück. Im Zusammenhang mit dieser mehr als bedenklichen Entwicklung hat die Reichsregierung zunächst die Bestimmungen gegen die Devisenschiebereien verschärft; insbesondere sollen die Exportdevisen besser erfasst werden. Ob man mit diesen Verschärfungen auskommen wird, ist aber eine andre Frage. Die Dinge haben sich so zugespitzt, dass man in massgebenden Kreisen die Frage eines Auslandsmoratoriums erwägt.

Nach dem Reichsbankausweis vom 30. September haben sich die Bestände an Gold und Deckungsdevisen um 232,7 Millionen Mark auf 1439,5 Millionen Mark verringert. Im einzelnen sind die Goldbestände um 73,6 Millionen auf 1300,8 Millionen Mark und die Bestände an Deckungsdevisen um 159,1 Millionen auf 138, Millionen Mark gesunken. Die Reichsbank bemerkt dazu: "In der Hauptsache handelt es sich hierbei um die Auswirkungen der bei Inkrafttreten des Stillhalteabkommens erfolgten Freigaben und um die Auflösung der rückständigen Termingeschäfte, die ein einmaliger Vorgang ist, der am 3. Oktober abläuft und etwa 200 Millionen Mark umfasst." Selbst wenn man davon absieht, ob der Umfang der Termingeschäfte, über den sich die Reichsbank zweifellos bis zum Eintritt der starken Devisenabziehungen wohl nicht recht im klaren war, richtig geschätzt ist, muss bemerkt werden, dass die Erklärung der Reichsbank zum mindesten sehr einseitig ist. In den Gold- und Devisenbeständen der Reichsbank ergab sich während des Monats September folgende Entwicklung:

1. Septemberwoche	Gewinn	48,6	Millionen	Mark
2. " "	Verlust	42,7	"	"
3. " "	"	56	"	"
4. " "	"	232.7	"	"

Die Riesenverluste erklären sich nur zum Teil aus dem Stillhalteabkommen (Abzüge von Markguthaben von Ausländern und Abwicklung von Termingeschäften). Tatsache ist, dass im Monat September, wahrscheinlich ausgelöst durch die englischen Ereignisse und die Börsenschliessungen in Deutschland, eine neue Kapitalflucht in Deutschland eingesetzt hat. Man gab seine Wertpapiere nach dem Auslande, liess sie dort verkaufen und gegen Devisen einwechseln. So wurde das Kapital nach dem Auslande verschoben. Dazu kommt etwas anderes: Allmonatlich lesen wir von Riesenüberschüssen unserer Handelsbilanz. Die Ueberschüsse haben sich von Monat zu Monat gesteigert. Aber daran haben wir in unserer Devisenbilanz so gut wie garnichts gemerkt. Wir konnten ja auch nichts davon merken, denn die deutschen Exporteure beteiligen sich anscheinend recht eifrig an der Kapitalflucht. Sie lassen den Erlös ihrer Waren einfach im Auslande stehen. Andererseits fordern die Exporteure von der Reichsbank anscheinend Devisen in einem Umfange an, der weit über die Beträge hinausgeht, die der Reichsbank aus dem Export deutscher Waren zufliessen. Wenn man schon die Frage eines Auslandsmoratoriums erwägt, dann muss die Frage der deutschen Kapitalflucht dabei mit berücksichtigt werden. Es geht nicht an, dass wir den deutschen Kredit im Aus-

land durch Nichtzahlung von Zinsen usw. untergraben, weil wir nicht stark genug sind, die Kapitalflucht zu bekämpfen. Die Verschärfung der Verordnungen gegen die Devisenschiebereien, die am Freitag publiziert worden ist, hätte schon viel früher kommen müssen.

Im Zusammenhang mit den starken Abziehungen ist die Kreditausweitung mit der man sich ja bis zu einer gewissen Grenze im Interesse unserer Arbeitsmärkte einverstanden erklären kann, sicherlich stärker erfolgt, als beabsichtigt war. Der gesamte von der Reichsbank gewährte Kredit hat sich um 825,5 Millionen Mark auf 4073,1 Millionen Mark gesteigert. Ueber Wechselankauf sind vermehrt 550,6 Millionen Mark Kredite gewährt worden, womit die Bestände an Handelswechseln und Schecks auf 3545,4 Millionen Mark angestiegen sind. Der Lombardkredit steigerte sich um 159,3 Millionen Mark auf 300,5 Millionen Mark. Ueber Reichsschatzwechsel hat das Reich neu 115,5 Millionen Mark Kredit (gesamter Kredit = 124,1 Millionen Mark) gegeben.

Aus der Aufstellung geht hervor, dass der Devisenabfluss zum grössten Teil von der Reichsbank finanziert worden ist. Die Banken haben den Reichsbankkredit in Anspruch genommen, um ihren Devisenverpflichtungen gerecht zu werden.

Wir müssen gestehen, dass wir uns die Kreditausweitung etwas anders gedacht haben. Die Reichsbank zeigt auch dieses Mal wieder, dass sie nicht Herrin der Situation ist.

Der Notenumlauf hat sich um 448,8 Millionen Mark vermehrt und steigert sich damit auf 5031,4 Millionen Mark gegenüber 4803,8 Millionen Mark Ende August.

SPD. Der Konsum- und Produktivverein zu Zeitz weist für das abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 eine Umsatzverminderung von 10,8% auf. Dazu wird festgestellt, dass im Geschäftsjahr für Nahrungsmittel und bei Hauswirtschaftsartikeln ein Preisrückgang von 14 bis 15% und auch mehr eingetreten sei. Der Umsatz pro Mitglied ging von 448 Mark im Vorjahr auf 397 Mark zurück. Auch bei dem Konsumverein Zeitz lässt sich feststellen, dass die Hauptartikel gegenüber Genussmitteln mengenmässig eine mengenmässige Umsatzsteigerung aufweisen.

Der Rohgewinn berechnet sich auf 407 000 Mark. Die allgemeinen Unkosten konnten um 17 000 Mark gesenkt werden.

SPD. In der am Freitag stattgefundenen Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ging der Vorsitzende Theodor Leipart auf den Besuch der französischen Minister in Berlin ein. Er erinnerte daran, dass die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluss zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitee geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften hätten seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefördert und sie erblickten in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es sei selbstverständlich, dass sie das grösste Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung habe beschlossen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuss zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeitnehmerschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen aufteilen wird, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeitnehmerschaft habe der ADGB. 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

SPD. Während die Reichsbank jedenfalls versuchen müssen wird, durch Erhöhung des Diskonts und andre Mittel der Devisenverschiebung entgegen zu treten, hat die Regierung am Freitag eine neue Verordnung über die Devisenerfassung herausgebracht. Die Verordnung soll sich besonders dagegen richten, dass die Exporteure ihre Erlöse im Auslande stehen lassen und die für ihre Waren erhaltenen Devisen nicht der Reichsbank zuführen. So ist vorgesehen, dass vom 2. Oktober ab fortlaufend alle neu anfallenden Devisen, soweit sie nicht aufgrund besonderer Genehmigung der Devisenbewirtschaftungsstelle erworben wurden, also insbesondere Exportdevisen, ohne Rücksicht auf ihre Höhe binnen drei Tagen der Reichsbank anzumelden sind. Darüber hinaus werden die Richtlinien über die Erteilung allgemeiner Genehmigungen zum Verkehr mit Devisen für Einfuhr, Ausfuhr und eine Reihe anderer Geschäfte wesentlich verschärft. Derartige allgemeine Genehmigungen dürfen künftig nur noch beschränkt auf eine monatliche Höchstsumme erteilt werden.

Im übrigen wird die Freigrenze, über die hinaus Devisen usw. der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt zum Verkauf anzubieten sind, auf 200 Mark festgesetzt. Die Anbietung hat bis zum 10. Oktober zu erfolgen. Insbesondere sind Exportdevisen ohne Rücksicht auf ihre Höhe binnen drei Tagen der Reichsbank zum Verkauf anzumelden. Um die sogenannten Familienschiebereien zu unterbinden, wird bestimmt, dass nur noch volljährige Personen Devisen bis zu 200 Mark erwerben können und zwar nur gegen Vorweisung eines Reisepasses, in dem die Bank Tag und Betrag zu vermerken hat. Der Erwerb, Versendung usw. von Gold wird einer Genehmigungspflicht unterworfen. Der Verkehr mit Gold ist nur noch zu gewerblichen Zwecken gestattet.

SPD. Die Vorstandschaft der Reichsorganisation der Mieter, Bund Deutscher Mietervereine e.V., Sitz Dresden hat vor dem Erscheinen der zu erwartenden neuen Notverordnung nochmals an den Reichskanzler und an die zuständigen Reichsministerien eine ausführlich begründete dringende Eingabe eingereicht, in der mit aller Entschiedenheit gefordert wird: Senkung der Altbaumieten durch Herabsetzung der gesetzlichen Miete, besondere gesetzliche Massnahmen zur Herabsetzung vereinbarter Mieten für Räume, die nicht mehr dem Reichsmietengesetz unterstehen, besondere gesetzliche Massnahmen zur Senkung der Neubaumieten.

Weiter wurde an den Reichskanzler Dr. Brüning folgendes Telegramm gerichtet: "Nach neuesten Meldungen erwägt die Reichsregierung weitgehende Aufhebung von Mieterschutzgesetzen und Wohnungsmangelgesetz. Wir weisen demgegenüber nochmals auf die berechtigten Forderungen der deutschen Mieterschaft hin, fordern nach unserer Eingabe besonders sofortige Massnahmen zum Schutze überteuerter Gewerberaummieter und warnen dringlichst vor Kraftproben gegenüber Wirtschaft und Bevölkerung. Eingriffe der gemeldeten Art in Mieterschutz sind Artikel 48. weder zulässig noch notwendig, sondern gefährden ihrerseits nur öffentliche Sicherheit und Ordnung."

SPD. Der deutsche Gross- und Ueberseehandel hat sich mit den Bestrebungen vieler Händler beschäftigt, die in britischer Sterlingwährung gemachten Aufträge auf Goldwährung oder auf Goldrelation zu einer anderen Währung abzuändern und bezahlt zu erhalten. D.h., sich den Auswirkungen der englischen Inflation irgendwie zu entziehen. Der genannte Verband beschloss: "Es besteht weder ein Recht noch ein moralischer Anspruch auf Abänderung der Währung für geschlossene Verträge bezw. auf Zahlung auf Goldbasis, es sei denn, dass bei Abschluss ein diesbezüglicher Vorbehalt zwischen den Parteien ausdrücklich vereinbart worden ist."

Angebot geschrumpft.

(Berliner Produktenbörse vom 2.Oktober 31.)

SPD.Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag wieder in sehr fester Haltung. Das Angebot an promptem Weizen und Roggen ist erneut sehr zusammengeschrumpft, sodass dem Markt nur wenig Material zur Verfügung steht. Wenn auf der anderen Seite auch keine allzu grosse Kauflust bei den Mühlen und im Handel besteht, so muss dennoch der laufende Bedarf gedeckt werden. Dies konnte nur zu höheren Preisen geschehen, sodass sich der Preis für prompten Weizen um etwa 2 Mark, für prompten Roggen um 2 bis 3 Mark erhöhte. Auch am Markte der Zeitgeschäfte waren Preisaufbesserungen festzustellen. Im Mehlhandel wurden seitens der Mühlen die Forderungen um etwa 25 Pfg. für beide Sorten Mehl erhöht, jedoch waren die Umsätze zu diesen Preisen sehr klein und die Käufer hielten sich sehr zurück. Hafer hatte stetige Tendenz. Bei ausreichendem Angebot und normalen Käufen machte sich auch hier eine Befestigung der Preise bemerkbar.

	1.Oktober	2.Oktober
Weizen	211 - 214	213 - 216
Roggen	185 - 187	187 - 189
Braugerste	157 - 172	157 - 172
Futter- und Industriegerste	149 - 156	149 - 156
Hafer	134 - 142	135 - 143
Weizenmehl	26,75-32,00	26,75-32,00
Roggenmehl	26,15-28,75	26,25-28,75
Weizenkleie	10,50-10,75	10,40-10,60
Roggenkleie	9,25- 9,50	9,25- 9,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 227½ (Vortag 227), Dezember 231 (229½), Roggen Oktober 198-199 (197), Dezember 198½-199 Geld (197½), Hafer Oktober 148½-149 (147), Dezember 151¾ und Brief (149½).

Berliner Viehmarkt.

(2.Oktober 1931)

SPD.Der Verlauf des Marktes war durchaus uneinheitlich. Am Hammelmarkt konnten sich infolge zu kleinen Auftriebs die Preise etwas erhöhen. Dagegen waren Schweine genügend aufgetrieben. Bei ruhigem Handel gaben die Preise in allen Klassen nach. Auf dem Kälbermarkt waren, wie auch schon beim vorigen Mal, prima Tiere verlangt, aber nicht genügend vorhanden. Hier gab es auch Preisaufschläge. Auf dem Rindermarkt konnten sich für gute Ochsen und Färsen höhere Preise durchsetzen. Auch für vollfleischige Kühe zogen die Preise an.

Notierungen: Schweine a. (über 300 Pfund) 55 - (-), b. (240 bis 300 Pfund) 55 (55-56), c. (200 bis 240 Pfund) 51-54 (53-55), d. (160 bis 200 Pfund) 47-50 (48-52), e. (120 bis 160 Pfund) 42-46 (43-47). Sauen 44 - 48 (48 - 49). Schafe: a. 43 - 44 (40), b. 42 - 46 (40 - 45), c. 34 - 40 (30 - 37), d. 24 - 28 (20 - 25). Kälber: b. 50-57 (50-56), c. 45-55 (44-55), d. 30-40 (30-40). Kühe: a.30-34 (29-32), b. 23-28 (23-28), c. 18-22 (18-22), d. 13-17 (14-17).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 2.Oktober 1931.

Heldentod nach dreizehn Jahren.x

SPD. Bevor wir ihn im Hausflur, wo es noch ziemlich dunkel war, aufgehoben hatten, glaubten wir im stillen, der arme Kerl sei betrunken nach Hause gekommen und über die Stufen gestolpert. Mein Gott, so etwas kam doch immer wieder vor. Aber beim Aufheben merkten wir, dass der Mantel am Steinfussboden klebte, und dann roch es unzweifelhaft nach Blut. Wer im Felde gewesen ist, der kennt den Geruch. Wir schickten also die Weiber fort, liessen den Mann liegen und riefen die Polizei.

Der da tot auf der Erde lag, den Mund halb offen, die Augen starr geweitet, hiess Winter, Eduard Winter, war verheiratet und Vater von zwei Kindern, die noch zur Schule gingen. Wir hatten uns im Felde, im Schützengraben vor Ypern, während der letzten Offensive kennen gelernt. Er war bei einer Minenwerferabteilung, die man unserm Bataillon zugeteilt hatte. Wir wurden bald die besten Kameraden. Er hatte mich sofort sehr stark angezogen, weil er mit unheimlicher Ruhe während eines Feuerüberfalls die zerschossene Brustwehr ausbesserte. Ich dachte, er sei frei von Angst. In der Tat hatte er keine Angst, aber aus lauter Verzweiflung und Todessehnsucht. Er war fertig mit dem Leben, mit allem. Sein Menschenhass war furchtbar. Es gelang mir, ihm etwas Vertrauen einzuflössen, und er sprach sich einmal aus.

Was ich immer befürchtet hatte, trat eines Tages ein, als wir zum Angriff gegen Saint Ghéer vorgehen mussten und die Gräben verliessen. Die Engländer überschütteten uns mit einem Hagel aller möglichen Geschosse. Minutenlang mussten wir wieder zu Boden und warten... aber Winter ging, nur wenig gebückt, in Niemandsland, einen Spaten in der Hand... Maschinengewehrfeuer richtete sich sogleich auf ihn, doch trotz der doppelten Garbe entging er den Geschossen, bückte sich, stiess den Spaten in die Erde und hub langsam ein Loch aus.

Damals hatten wir hinterher, in einem Kellerloch, das von Ratten wimmelte ein kurzes Gespräch, das Winter benutzte, um zu gestehen, angesichts dieses Wahnsinns aller christlichen Völker glaube er weder an Gott noch an sonst etwas mehr; infolgedessen sei ihm alles egal. Er wollte sterben, das stand fest. Gegen seinen Willen blieb er auf wunderbare Weise am Leben. Nach dem Waffenstillstand kehrte er in seine Heimat bei Rathenow zurück.

Ein paar Monate später stand Winter plötzlich in meiner Wohnung und verkündete mit übertriebener Fröhlichkeit, er wollte hierher übersiedeln und heiraten. Ja, er hatte eine Stellung als Expedient in einem Verlage gefunden. Seine Braut hatte ein paar tausend Mark geerbt, und nun sollte es losgehen. Ich suchte die alte Grundfarbe seines Gemütes und fand sie nicht wieder. War Winter geheilt und von neuem Lebenswillen beseelt?

In den folgenden Jahren ging es Winters, die über uns wohnten, verhältnismässig gut. Zwei Kinder kamen im Abstande von je einem Jahre und entwickelten sich zu unser aller Freude. Dann packte es Winter wieder, und seine Gedanken gingen krumme, gefährliche Wege. Seine Verbitterung über die Dummheit, Trägheit und Vergesslichkeit der Menschen drängte zum Ausbruch. Leidenschaftlich hasste er die radikalen Parteien von links und rechts. Stundenlang konnte er mit diesen Feinden des Volkes debattieren. Doch das genügte ihm nicht. Eines Tages war er Reichsbannermann geworden und entfaltete nun eine fast erbitterte Tätigkeit im Hause, wo Anhänger fast aller Parteien wohnten. Obgleich wir ihm immer wieder Mässigung anrieten, versteifte er sich auf seine wilde

Besessenheit und seinen Entschluss, mit den Feinden des Volkes aufzuräumen. Die Vernunft sollte herrschen, die Gerechtigkeit und die Güte.

Gerechtigkeit...jetzt sah das nun so aus! Die Polizei stellte Mord fest und holte die Mordkommission an Ort und Stelle. Winter war von hinten mit einem langen Messer erstochen worden. Die Wunde im Rücken war in der Herzgegend. Tot. Das war einmal ein Mensch, das war ein Soldat gewesen, der den Granaten des Weltkrieges entgangen war. Nun war er doch noch gefallen. Nun lag er da, im blutdurchtränkten Mantel, starr und steif. Man hat viele Menschen im Felde sterben sehen, Soldaten, Kameraden, Freunde, aber...das ist doch etwas anderes. Einer seiner Feinde hat ihn heimtückisch erstochen. Einer der Wahnsinnigen, die in der Gewalttat und Unterdrückung das Heil des Volkes sehen. Einer von denen, die vielleicht im Felde seine Kameraden gewesen sind.

Was man kaum begreifen kann, das ist die Niedertracht, die Gemeinheit dieser nächtlich betriebenen Arbeit am Feinde. Da sind sie nun wieder, die nichts gelernt haben, für die alle die ungeheuren Opfer an Gut und Blut vergeblich gewesen sind, die schneidig in die Uniformen ihrer Parteien schlüpfen und im Gleichschritt marschieren, piff, paff, Deutschland über alles! Da sind sie nun, sitzen in ihren Lokalen, brüten Hass, beschliessen Mord: Junge, dich werden wir schon kriegen, immer mit der Ruhe!

Sie haben ihn gekriegt. Da liegt er nun, der den Granaten entgangen war, gefallen im Hausflur zu nächtlicher Stunde, von hinten mit dem Messer erstochen von Feindeshand... Eduard Winter, tapferer, guter Geselle, ehrlicher Freund, schlafe wohl...in einer besseren Welt!

Martin Richard Möbius.

Die Felseninsel.[x]

SPD. Ueber das Geheimnis des Mannes mit der eisernen Maske, das eng mit den Zuständen in Frankreich vor der grossen Revolution verbunden ist, sind zahlreiche Bücher geschrieben worden. Aber erst wenn man die Stätte seiner Verbannung auf dem Felseneiland vor dem Hafen von Marseille gesehen hat, begreift man, dass das Frankreich der Bourbonen sich hier einer vielleicht für seinen Bestand gefährlichen Person auf eine beispiellos grausame Weise entledigt hat.

Freilich ist es heute nicht mehr schwer, in einer halben Stunde Dampferfahrt den Felsen von Château d'If zu erreichen. Aber wer in einem Zeitalter, das keine Dampfer, keine Schnellzüge von Paris nach Marseille mit immerhin noch fast 13 Stunden Fahrzeit, keine Fernsprecher und Telegraphen kannte, auf diese aus der See aufragenden Spitzen versunkener Berge verbannt und dort streng bewacht wurde, der sah keine Möglichkeit mehr, jemals in den herrlichen Lustgärten von Versailles wieder aufzutauchen. Noch mehr musste dies der Fall sein, wenn man so grausam war, ihm eine unabnehmbare eiserne Maske um das Gesicht schmieden zu lassen, die seine Identifizierung in einer mit den Geheimnissen der Fingerabdrücke noch unbekannten Zeit leicht ermöglichen musste. Château d'If war ein Grab, wo lebende Leichen das Ende ihrer körperlichen Qualen erwarten durften; Château d'If war in den leichtfertigen Tagen der französischen Sonnenkönige eine Hölle, in der man die unbequemen Mahner vor der drohenden Zukunft lebendig begrub. Dann mochte der Monarch, der den Titel des Allterchristlichsten Königs führte, im Kreise einer Maîtressen in seinem Lustschloss Trianon die Locken seiner gewaltigen Perrücke schütteln und sagen: "Après nous le déluge (Nach uns die Sintflut)!"

Durch die Cannebière, die grosse, breite, ewig belebte Hauptstrasse von Marseille, gelangt man an den Innenhafen, wo die kleineren Schiffe liegen. Schon die Cannebière selbst bietet ein einzigartiges Bild von südlicher Lebhaftigkeit. Europa und Afrika scheinen sich hier die Hand zu reichen, denn der Aussenhafen von Marseille ist der Ausgangspunkt aller grossen französischen Dampferlinien nach Nordafrika, namentlich nach Algier und Tunis. Menschen al-

len Hautfarben wimmeln hier durcheinander. Hier ist der Farbige keine unge wöhnliche Erscheinung mehr. Hier beginnt der Orient, und wie in den Bazaren der muhamedanischen Länder haben hier die grossen Warenhäuser ihre Verkaufsstände auf der Strasse vor den Schaufenster aufgebaut, die durch übergespannte Zeltleinwand gegen Regen geschützt sind. Die Verkäuferinnen harren auf der Strasse der Kunden, und die deutlichen Preisangaben ermöglichen dem ununterbrochen vorbeiwogenden Publikum eine schnelle Wahl. Dazwischen liegen grosse, Abends hell erleuchtete Restaurants, die wie auf den Pariser Boulevards weit auf die Strasse hinaus vorgebaut sind, und wo es schon in den Mittagstunden schwer fällt, ein freies Tischchen zu erhaschen.

Die Cannebière liegt tief inmitten einer gewaltigen Felsenwelt, in die Marseille hineingebaut ist. Hoch auf einem Berge liegt der Hauptbahnhof, von dessen verhältnismässig engem Vorplatz aus eine Treppe von enormen Abmessungen und grosser Breite in mehreren Absätzen nach dem Strassengewirr der Innenstadt hinunterführt. Diese grosse Treppe, le Grand Escalier, ist schon an sich eine Sehenswürdigkeit, und geradezu zauberisch ist der abendliche Blick auf die Stadt oben von der Treppe aus, wo man dann tief unter sich und drüben auf den jenseitigen Bergen die abertausend Lichter sieht. Dann scheint die Stadt in die Felsen hineingehauen wie ein zu Stein erstarrtes Märchen aus Tausendundeiner Nacht.

Aber erst wenn man vom Hafen nach den Klippen von Château d'If fährt, erschliesst sich die geschichtliche Notwendigkeit dieser bald 3000 Jahre alten Stadt. In den Tagen der alten Phönizier wie der Römer, wo man weder die modernen Waffen und Geschütze noch Flugzeuge kannte, musste diese Felsenstadt, die wie ein Halbkreis eine weite Meeresbucht umschliesst, und der steile Klippeninseln vorgelagert sind, eine uneinnehmbare Festung sein. Wer damals Marseille hatte, der besass den Schlüssel zum alten Gallien, dem heutigen Frankreich. Hier verweilte in den grossen Kriegen zwischen Rom und Karthago im dritten vorchristlichen Jahrhundert Hannibal mit seinen Truppen und seinen zahlreichen Kriegselefanten, bevor er über die Seealpen hinweg in die lombardische Tiefebene einbrach. Von hier aus zogen die Truppen des Cajus Julius Caesar das Rhônetal hinauf, um das dichtbevölkerte Gallien dem römischen Weltreich anzugliedern. Hier nahm wiederum 1814 der von seiner ersten Verbannungsstätte Elba geflohene Napoleon I. den letzten Entscheidungskampf gegen das verbündete Europa auf, der ihn zuletzt als gebrochenen Mann nach St. Helena führen sollte. Hier hat die Geschichte der Jahrtausende ihre unauswischbaren Spuren hinterlassen.

Auch Château d'If, die Felseninsel, ist so ein Stück Geschichte. Ausgetretene, verwitterte Steintreppen führen nach dem Felsen hinauf, und eine Zugbrücke über einen jetzt ausgetrockneten Graben leitet in das eigentliche Gefängnis hinein. Um einen schmalen Binnenhof herum liegen in zwei Etagen die finsteren Aufenthaltsräume der Gefangenen. Namen wie Mirabeau, Graf von Montechristo und andere, die heute auf Tafeln über den Eingängen zu den Felsengemächern zu lesen sind, rufen schauerliche Erinnerungen an die französische Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts im Besucher wach. Kalt und düster sind die dicken steinernen Wände dieser Gefängniszellen; allmählich sich verengende Fenster mit dicken Eisenstäben davor, die jede Flucht unmöglich machten, gewähren selbst am Tage nur spärliches Licht. Hier sind auch noch die beiden kahlen Steinräume erhalten, in denen der Mann mit der eisernen Maske noch zu seinen Lebzeiten lebendig begraben war. Das spärliche Holzgerät und die harten Pritschen, die man den Gefangenen zur Verfügung stellte, sind nicht mehr erhalten. Wer hierhin verbannt wurde, der lernte die Rache jener Männer des Hauses Bourbon kennen, die in den hohen Prunksälen des Schlosses von Versailles als Könige von Frankreich inmitten galanter Frauen sich ein Paradies auf Erden hinzuzaubern wussten, für das ein damals bettelarmes Volk durch den letzten Tropfen Blutes aussaugende Steuern dulden musste. Versailles und Château d'If sind keine Gegensätze; sie gehören zusammen, und vielleicht muss noch die Bastille von Paris dabei genannt werden, die die erbitterte Pariser Bevölkerung am

14.Juli 1789 erstürmte und dem Erdboden gleichmachte. Als Warnungszeichen für kommende Geschlechter ist Château d'If erhalten geblieben.

Weit und herrlich ist die Aussicht vom hohen Turme des Schlosses von I., das vielleicht schon in den fernen Tagen der Phönizier und Karthager eine Trutzburg gewesen ist. Nach Norden baut hinter der breiten Bai von Marseille die uralte Stadt sich auf; hoch ragen die Türme einer Kirche auf einem ihrer östlichen Berge, wo schon in Römertagen ein Tempel des Jupiter gestanden haben mag, in die südlich heitere Luft; südwärts aber tut sich die tiefblaue Mittelländische See dem Auge auf. Wir kehren wieder in die Gegenwart mit ihren Kämpfen und Sorgen zurück, und wir fühlen, dass der Spuk des Mannes mit der eisernen Maske erst endgültig verschwunden sein wird, wenn die Menschheit ihre Freiheit ebenso fest verankert haben wird wie das durch seine ungestüme Freiheit unüberwindlich starke Weltmeer. Otto Burgemeister.

Die grösste Hängebrücke.x

Von Margaret Norris (New York).

SPD. Mit einem einzigen ungeheuren Bogen von 1070 Metern Länge überspannt die neue Riesenbrücke den Hudson. Ein Fuss des Stahlriesen steht in der 178. Strasse in New York, der andere in Fort Lee im Staate New Jersey. Seit dem Jahre 1810 kennt man den Bau von Hängebrücken; aber nie zuvor ist eine Hängebrücke von ähnlichen Ausmassen erstanden.

Alle Zeitungen beschäftigen sich mit der Person des Brückenbauingenieurs. Aber was wäre der Ingenieur ohne die Männer in Gummistiefeln, ohne den Brückenarbeiter, der langbeinig über so dünne Balken dahinschreitet, dass es von der Strasse aus den Anschein hat, als wandle er auf unsichtbaren Fäden? Jede Linie auf den Konstruktionszeichnungen des Ingenieurs bedeutet harte und gefährliche Arbeit für hunderte Arbeiter. Wer sind diese Arbeiter? Wie haben sie ihre erstaunliche Geschicklichkeit, ihre verblüffende Schwindelfreiheit erworben?

"Flugzeugpiloten", so erzählte der Ingenieur, "wurden von Schwindel erfasst. Kürzlich besuchte uns ein Filmoperateur, um Aufnahmen für die Wochenschau zu machen. Oft und oft hätte er vom Aeroplan aus photographiert, so erzählte er, ja, sogar von den Tragflächen aus. Als er sich jedoch auf das dünne Stahlskelett 110 Meter oberhalb des Stromes begeben sollte, da meinte er, dass er noch zu jung zum Sterben sei. Arbeiter nahmen ihn bei der Hand und führten ihn fort."

"Bis zum 1.Juli dieses Jahres", so fuhr der Ingenieur fort, "haben wir nach mehrals vierjähriger Arbeit bei einem Kostenaufwand von 30 Millionen Dollar zwölf Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen. Sechs davon sind darauf zurückzuführen, dass sich die Leute über strikte Sicherheitsvorschriften hinweggesetzt haben. So zum Beispiel fand ein Mann den Tod, als er im Jersey-Turm vom fahrenden Aufzug auf eine Plattform absprang. Aber noch bei der Delaware-Brücke, die nur halb so gross wie diese Brücke ist, und an deren Bau nur halb so viele Leute arbeiteten, verunglückten 13 Mann tödlich."

Der Oberaufseher der Kabelkonstruktion der Brücke ist ein Kentuckier, der schon 36 Jahre lang Metallarbeiter ist und in 23 verschiedenen Staaten gearbeitet hat. "Ich habe bis jetzt noch nie einen Unfall gehabt", sagt er. Der Verlust von drei oder vier Fingern scheint ihm überhaupt nicht der Rede wert zu sein. "Als ich aufgenommen wurde", erzählt er, "gab es hier nichts als Wasser und Himmel und leeren Raum dazwischen."

"Und wie vollzog sich der Anfang?"

"Zuerst wurden Stahlkabel von einem Turm zum andern gezogen, und längs dieser Kabel bewegten sich die "Riggers" in ihren Körben fort, um die proviso-

rischen Laufbrücken zu legen. Stellen Sie sich zwei Telegraphenstangen vor, die Sie durch ein Seil verbinden! Entlang diesem Seile bewegt sich nun ein Käfig mit einem Papagei. Wahrscheinlich wird der Papagei schreien, und vielleicht haben auch die Arbeiter geschrieen, als sie zum ersten Male über der Tiefe schwebten. Aber sie befanden sich allzu hoch, um gehört zu werden. Die Kabel wurden von New Jersey aus mittels einer Barkasse über den Strom gespannt und dann auf beiden Seiten zugleich mittels Kranaufzügen nach den beiden Türmen emporgezogen. Von beiden Türmen aus wurden die Körbe in Bewegung gesetzt. Die Körbe konnten durch einen eingebauten Motor vorwärts und rückwärts laufen. Natürlich vollzog sich am Anfang nicht alles so glatt, wie es gehen sollte. Die Körbe schossen zwanzig Meter vorwärts, um dann plötzlich zu stocken und still zu stehen. Dann liefen sie wieder ein Stück weiter, bockten wie ein alter Fordwagen und wollten sich um keinen Preis weiter bewegen. Die Leute auf den Türmen konnten sich nur mit Mühe das Lachen verbeissen. Den Arbeitern in den Körben war weniger zum Lachen zumute. Ich weiss nicht, was sie dazu gesagt haben. Aber sicherlich hatten sie eine ganze Menge zu sagen. Endlich konnten die New Yorker Arbeiter in der Mitte der Kabel ihre Kollegen aus New Jersey begrüssen, und nun vollzog sich die Legung der Laufbrücken regulär."

"Können Sie sich vorstellen, was für Arbeit in diesen Drahtseilen steckt? Mehr als 28 000 Tonnen Stahl wurden zu ihrer Herstellung verwendet. Würde man den gesamten Draht aneinanderreihen, dann käme man zu einer Länge, die genügen würde, viermal den Aequator zu umspannen, zu einer Länge, die der halben Entfernung zwischen Mond und Erde entspricht."

In früherer Zeit waren fast alle Brückenarbeiter ehemalige Seeleute, gewohnt, auf hoher See an Masten hinauf und hinunter zu klettern. Die Seeleute brachten das Handwerk auch ein wenig in Verruf, und die Brückenarbeiter galten als eine wilde, wagemutige, rücksichtslose Horde, die ihre Tage damit verbrachte, allen Gesetzen der Schwerkraft zu trotzen, und ihre Nächte damit, den hart verdienten Lohn mit Strassenmädchen und in Schankstuben zu vergeuden.

Heute stellen die Brückenarbeiter einen ganz anderen Typus dar. "Wenn Sie heute einen Brückenarbeiter am Sonntag mit seinem Mädel ausgehen sehen", sagte mir ein alter Vorarbeiter, "dann würden Sie glauben, einen Eintänzer aus einem Nachtlokal vor sich zu sehen. Früher haben seine Kollegen, wenn er einmal einen sauberen Hut getragen hat, sich verpflichtet gefühlt, ihm das unstandesgemässe Kleidungsstück vom Kopfe zu schlagen."

Bald wird die Hudson-Brücke, die grösste Hängebrücke der Welt, dem Verkehr übergeben werden, ein dauerndes Denkmal aus Stahl für jene, die sie gebaut haben. (Aus dem Amerikanischen von Leo Korten.)

Auf der Silberfuchsfarm.[x]

SPD. Zu den teuersten Pelzen, die das Ausland für die zahlungsfähige deutsche Frauenwelt liefert, gehört das Fell des Silberfuchses. In erster Linie ist es Kanada, das alljährlich für viele, viele Millionen Mark solche Felle zu uns schafft. Dort im Norden Amerikas wird dieser Fuchs schon seit langer Zeit künstlich für diesen Zweck gezüchtet. Eine Gepflogenheit, die für die Lieferanten wesentlich rentabler ist als der früher ausschliesslich gepflegte Fang wilder Füchse. In Kanada schätzt man zur Zeit den dort in Farmen gehegten Bestand an Silberfüchsen auf rund 60 000. Aber auch Norwegen gibt an, dass es in seinen Gehegen 35 000 dieser Tiere besitzt. Wie gewinnbringend das sein kann, dafür ein Beispiel: Als seinerzeit im Staate Wisconsin am Michigansee die grösste Fuchsfarm der Welt angelegt wurde, gab man Aktien zu tausend Dollar das Stück aus. Heute wird an den amerikanischen Börsen eine solche Aktie mit 45 000 Dollar gehandelt.

Bei der immensen Bedeutung dieses Geschäftes blieb es nicht aus, dass vor einigen Jahren auch deutsche Fachleute daran gingen, den Silberfuchs zu züchten. Wenigstens versuchsweise. Diese Versuche haben sich bisher durchaus bewährt. In verschiedenen Gegenden unsres Vaterlandes haben wir heute solche Farmen. Gegenwärtig rund 500, auf denen 8700 Tiere leben. Studienhalber besuchten wir in diesen Tagen eine im Niedersächsischen belegene Farm; die Erfahrungen, die wir dort machten, das Material, das uns hier gezeigt wurde, sei im Nachfolgenden wiedergegeben.

Der niedersächsische Heideboden, so erklärte uns der Leiter der Farm, eignet sich ganz besonders gut für die Zucht von Silberfüchsen. Der Boden ist hier trocken, enthält also wenige Bakterien und sonstige Krankheitskeime. Bei der Empfindlichkeit dieser Tiere ist das von hohem Werte. Ist nämlich ein solcher Fuchs nicht ganz gesund, so macht sich das sofort an seinem Fell bemerkbar. Es verliert an seiner Schönheit und wird im Handel sehr wesentlich niedriger bewertet, eventuell überhaupt nicht aufgenommen, denn - das ist das beachtenswerteste Moment bei diesem F ll - eine Nachahmung, also Fälschung dieses Felles ist nicht möglich. Die seltsame Kolorierung der Haare, die bis zu zwölf Zentimetern lang werden, abwechselnd weiss und schwarz, legt gegen jeden Imitationsversuch sofort ihr nachhaltiges Veto ein.

Die mehrere Morgen grosse Farm, die wir unter der Führung ihres Direktors besichtigen, weist eine grössere Anzahl drahtumgitterter Gehege auf. In diesen tummeln sich die Füchse. Naturgemäss brauchen sie auch ihren an die Wildnis erinnernden Bau. Ueberall ist ein solcher Bau errichtet. Zumeist oberirdisch, aus Holz, In diesen Bauten haben die Tiere Abwechslung. Dass sie daneben auch fleissige Graber sind, die gern ihre Studien im Erdreich machen, liegt nahe. Für dieses Spiel hat man ihnen auch eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen. Aber nur eine gewisse. Kommt nämlich unser silberfüchsiger Freund bis zu einer bestimmten Tiefe, oder hat er seine g schäftige Wühlarbeit seitwärts soundso weit vorgetrieben, dann sieht er sich zu seiner Ueberraschung plötzlich einem sein Tun entschieden abbrem enden festen Drahtg tter gegenüber, durch das es absolut keinen rchgang gibt. Im andern Falle würde nämlich entweder der Besitzer der Frarm das Nachsehen haben, oder die einzelnen Paare würden aneinander und untereinander geraten, was durchaus nachteilig wäre.

Aber auch sonst gilt strengste Pflege und Aufmerksamkeit. Will man gute Ergebnisse erzielen, so muss auf Sauberkeit und Einzelkontrolle geachtet werden. Das Wissen über die Trächtigkeit der einzelnen Paare ist wichtig. Ebenso muss der Wärter über Eigenheiten bestimmter Tiere im Biode sein. Manche Füchsin hat die Angewohnheit, nach dem Wurf das eine oder andere Tierchen nicht zum Saugen anzunehmen; ja, das Junge sogar umzubringen. "Wenn Sie bedenken", so belehrt uns der freundliche Führer, "dass ein Silberfuchsfell bis zu tausend Mark im Werte steigt, und dass ein Paar Zuchttiere 3000 bis 4000 Mark kosten, so werden Sie verstehen, was aufmerksame Pflege und Wartung hier bedeutet".

"Und unser Klima", fragen wir. Die Antwort lautet: "Das war selbstredend die erste Voraussetzung. Der Silberfuchs kann unsern Winter wie unsern Sommer vertragen. Klimatische Gefahren bestehen nicht. Auch nicht für die Jungen, von denen eine Füchsin jeweils im Durchschnitt vier Stück in die Welt setzt." Zu den Gefahren gehört auch das eventuelle Ueberfressen mancher Tiere. Sie bekommen bei allzu viel Fett leicht Würmer, was das Fell ebenfalls ungünstig beeinflusst. Es kostet dann immer viele Mühe, den guten gesundheitlichen Zustand wieder herzustellen.

Voraussetzung für gute Zucht ist naturgemässe Lebensweise der Tiere. Sie müssen sich ungestört tummeln können. In sommerlicher Sonne wie im winterlichen Schnee darf ihnen ihre natürliche Art nicht beeinträchtigt werden. So kommt es auch vor, dass ganze Rudel sich einfach im Winter draussen, eng zusammengedrängt, einschneien lassen, was ihnen gar nichts ausmacht. Je ungestörter, je natürlicher alles vor sich geht, umso wertvoller wird das Fell.

Während wir uns diese Erklärungen geben lassen, kommt eine ganze Schar

dieser neugierigen, munteren Tiere näher an uns heran, beguckt uns mit grossen dunklen Augen und verschwindet dann, als wir Miene machen, auf sie zu zu gehen plötzlich im Nu scheu in den vielen Erdlöchern. Fast ein Spass, das Ganze. -

Der Silberfuchs ähnelt in der Grösse dem heimischen Waldfuchs. Ist es so weit, dass er sein Fell für die Laune einer schönen Frau opfern muss, dassder Besitzer der Farm an ihm verdienen will, dann erhält der geschäftige Gesell eine Chloroforminjektion ins eben noch so lebensfroh klopfende Herz, und vorbei ist sein Erdendasein.

Trotz der oben genannten Zahlen deckt die deutsche Silberfuchszucht immer noch erst einen sehr bescheidenen Bruchteil des Bedarfs. Zu etwa sechsundneunzig Prozent werden die Felle aus dem Ausland eingeführt. Die deutsche Handelsbilanz wird also noch sehr wenig durch die deutschen Betriebe beeinflusst. Immerhin, wenn man in Betracht zieht, dass die erste Silberfuchsfarm bei uns vor sechs Jahren errichtet wurde und dass zur Zeit deren fünfhundert bestehen!.....

Der Direktor unsrer Farm ist selbstverständlich über alle mit seinem Betriebe zusammenhängenden Dinge im Bilde. So teilt er uns am Schlusse der Besichtigung noch mit, dass neben den Silberfüchsen auch noch Sumpfbiber, die als Nutria in den Handel kommen, und Nerze gezüchtet werden. Von ersteren gibt es in Deutschland gegenwärtig etwa 2000 Tiere auf nicht ganz 200 Farmen. Von den Nerzen auf 450 Farmen rund 7000 Stück. Verbreitet sind die Zuchtstellen über ganz Deutschland. Schliesslich werden in kleinerem Masstabe auch noch Dachse, Stein- und Edelmarder, Waschbären und Parapulschafe gezüchtet.

An der Spitze aber bleiben, was Zahl und Preis betrifft, die Silberfüchse bestimmt für die nackten Schultern zumeist im Nichtstun sich ergehender reiche Damen. j.k.

SPD. Kriegerdenkmal als Kultursymbol.x Das Kriegerdenkmal von Kanada soll demnächst aufgestellt werden. Es wird alle bisher geschaffenen ähnlichen Werke in den Schatten stellen; es besteht aus 19 Gruppen von vier Metern Höhe und ist vollkommen aus Marmor gemeisselt. Sechs Brüder, die alle Bildhauer sind, haben sechs Jahre lang daran gearbeitet. Dieses wahrhaft würdige Kriegsmonument soll an einem Gebirgsabhang aufgestellt werden. Allein die Transportarbeiten kosten eine Million Dollar. -(ie Geschmacklosigkeit und die im gegenwärtigen Weltelend doppelt sinnlose und provozierende Kostspieligkeit dieser steinernen Verherrlichung der Kriegserinnerung sind die anschaulichste symbolische Verkörperung des Kulturniveaus unsrer Zeit.)

SPD. Ähnlichkeit.x "Was hasde denn da?"
"Ich hawe mich fodografiern lassen."
"Zeiche mal her!"
"Hier hasde das Bild!"
"Das siehd dir sehr ähnlich. Was had denn das gegosded?"
"Das hawe ich noch garnich bezahld."
"Das siehd dir ooch sehr ähnlich."

SPD. Das Deckengemälde.x Der Maler Hutsch erzählte einmal Oskar Kokoschka, dass er sich eine reizende Wohnung einzurichten gedenke. "Zuerst", sagte er, "lasse ich die Decke weissen, und dann bemale ich sie eigenhändig." Da fragte ihn Kokoschka: "Warum lassen Sie sie nicht hinterher weissen?"